

Rosa Luxemburg

Die sozialistische Krise in Frankreich



DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Inhalt

Die Regierung der republikanischen Verteidigung	5
Die Taktik Jaurès' und der Radikalismus	13
Die Sozialreformen Millerands	21
Der Fall Millerand und die sozialistischen Parteien	31

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Einleitung

Der Fall Millerand bildet die erste interne Frage der sozialistischen Bewegung eines Landes, die allgemeines internationales Interesse beansprucht und zum Gegenstand der Beratungen eines Internationalen Sozialistischen Kongresses wurde. Leider hat der Pariser Kongress seine Aufgabe mehr als Theoretiker denn als praktischer Politiker aufgefasst und der allgemeinen theoretischen Beantwortung der neunten Frage seiner Tagesordnung nicht eine ausdrückliche Stellungnahme zum Falle Millerand hinzugefügt. Jede Resolution allgemeinen Charakters gibt, ob sie mehr oder weniger glücklich gefasst ist, Deutungen und Auslegungen Raum. So haben sich denn auch gleich nach dem Kongress Jaurès in Frankreich und Bernstein in Deutschland beeilt, den Ausgang des Pariser Kongresses als einen für Millerand günstigen hinzustellen, endlich tritt auch Vollmar in dem Dezemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“ auf, um Kautskys Kompetenz in der Auslegung der Kautskyschen Resolution zu bestreiten und letztere als einen Sieg Millerands auszulegen. Insofern v. Vollmar seiner eigenen Begeisterung über die Ministerschaft Millerands und ihre gesegneten Folgen für den Sozialismus Ausdruck gibt und mit einem Seufzer erklärt, dass die deutsche Sozialdemokratie leider sehr weit hinter den Fortschritten des französischen Sozialismus zurückgeblieben ist, so liegt darin nichts Besonderes. Wir haben nie gezweifelt, dass es auch in unseren Reihen schöne Helenas gibt, die wohl in ähnlichen Verhältnissen bereit wären, wenn nur der Paris auf sie ein gnädiges Auge wirft, sich von ihm entführen zu lassen, und wir können auch sagen, wie seinerzeit der kluge Itzig, als man ihn fragte, ob so ein französisches Panamawohl in seiner Heimat Galizien möglich wäre: „Die Leute — die würden sich schon finden, bloß der Kanal fehlt.“ Der Vollmarsche Artikel sagt uns also in dieser Beziehung nichts Neues. Auch in seiner sachlichen Beweisführung zugunsten Millerands gibt er nur die bekannten, in Frankreich oft von Jaurès und anderen wiederholten Argumente wieder. Im folgenden werden wir Gelegenheit haben, uns mit der Jaurèsschen Auffassung in einigen Artikeln zu befassen, woraus sich unter anderem auch die Beleuchtung der Vollmarschen von selbst ergeben wird. Sein Artikel erfordert erst da eine besondere Entgegnung, wo er außer der Darlegung der eigenen Ansichten Vollmars es unternimmt, die Deutschen über die Tatsachen in Frankreich und die Franzosen über die Meinungen in Deutschland, und zwar in gleichmäßig falscher Weise, zu informieren.

Es handelt sich um zwei Fragen, die bei der Beurteilung des Falles Millerand von kardinaler Bedeutung sind. Erstens um die Frage, ob Millerand mit oder ohne Genehmigung der französischen Sozialisten seinen Ministerposten übernahm, und zweitens um die Feststellung, welches Urteil über den Eintritt Millerands ins Ministerium der Internationale Kongress im allgemeinen und die deutsche Sozialdemokratie im besonderen durch die Annahme der Kautskyschen Resolution ausgesprochen hat.

Das deutsche Publikum wird nämlich vor allem belehrt, dass Kautsky es aus Mangel an Vorsicht arg hinter das Licht geführt habe, als er in seinem Artikel in der „Neuen Zeit“, Nr. 2, den Eintritt Millerands in die bürgerliche Regierung als einen eigenmächtigen, ohne Vorwissen der sozialistischen Partei getanen Schritt darstellte. Vollmar, der nicht ein Windbeutel wie Kautsky ist, hat sich in Paris „sehr eingehend über die Sache erkundigt“ und sich „von allerbest unterrichteter Seite“ einen „genauen Bericht“ von dem Hergang des Eintritts Millerands ins Ministerium erstatten lassen, den er nun mit viel Behagen zum besten gibt.

Demnach steht Millerand vor uns als der brave Knabe da, der sofort nach der Aufforderung Waldeck-Rousseaus eine Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion einberufen ließ und sich an die Genossen mit der Bitte um Direktiven wendete, hier aber nicht nur eine allgemeine Zustimmung zum Eintritt in die Regierung fand, sondern ganz besonders von den Guesdisten und Blanquisten, namentlich von Vaillant und Sembat, sozusagen unter Freudentränen für seine Tat gesegnet wurde.

Wäre dem so, wie Vollmar es schildert, dann erfährt zwar nicht die Bewertung der Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Regierungen im allgemeinen, wohl aber die bisherige Bewertung der Handlungsweise Millerands wie andererseits der inneren Parteikämpfe der französischen Sozialisten eine völlige Verschiebung. Erscheint dabei Millerand als der legitime Vertreter der sozialistischen Partei, die auch die Verantwortlichkeit für ihn trägt, so wird dafür die schroffe Opposition der französischen Arbeiterpartei und der Fraktion Vaillant ganz unverständlich, und sie erscheinen wirklich als jene Störenfriede der sozialistischen Einigkeit, als die sie Vollmar so angestrengt darstellen möchte.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Nun, die internationale Sozialdemokratie braucht zum Glücke nicht alles, was bis jetzt über den Fall Millerand gesagt und geschrieben worden ist, auf den Kopf zu stellen, denn Vollmar ist — das passiert offenbar auch den vorsichtigsten Männern — nur zum Opfer eines französischen Spaßvogels geworden, indem ihm seine „allerbest unterrichtete Seite“ einen sicher sehr gutgemeinten Bären aufgebunden hat. Der folgende Brief Vaillants vom 4. Dezember v. J., zu dessen öffentlichem Gebrauch er uns ermächtigt, stellt den Sachverhalt in unzweideutiger Weise fest. Vaillant schreibt:

„Ich habe mehrmals Gelegenheit gehabt, die Tatsachen öffentlich darzulegen. Zwei Tage vor der Bildung des Ministeriums, in einer Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion, erzählte Millerand als eine ‚Geschichte, die nunmehr bloß der Vergangenheit angehöre‘, dass nach dem Falle des Kabinetts Dupuy man ihm vorgeschlagen habe, in eine ministerielle Kombination einzutreten, und dass er sich an diesen Verhandlungen lediglich unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit beteiligt habe, die Partei gänzlich aus dem Spiele lassend. Ich erklärte sofort, dass ich von den Äußerungen Millerands Akt nehme und dass, wenn ähnliche Verhandlungen sich ausnahmsweise wiederholen und erfolgreich werden sollten, ich die Kammerfraktion wie die Partei zu einer Erklärung auffordern würde, um die Partei gänzlich von einem solchen individuellen Akte loszulösen, da die Partei an der Zentralgewalt der Bourgeoisie, am Ministerium, in keiner Weise teilnehmen könne. Millerand machte nach diesen Worten ein Zeichen des Einverständnisses, und wir begaben uns darauf in der Mehrzahl in das Plenum der Kammer. Keiner von uns dachte damals, dass man an den Worten Millerands, wonach die ministeriellen Verhandlungen eine ‚Geschichte aus der Vergangenheit‘ waren, zweifeln sollte.

Ich war demnach am anderen Tage sehr erstaunt, als mir ein Freund, der sich für gut unterrichtet hielt, erzählte, dass das Kabinett Waldeck-Rousseau gebildet sei und Millerand nebst Galliffet enthalte. Ich lehnte es ab, daran zu glauben, und schickte sofort an Millerand einen Rohrpostbrief, in dem ich ihn bat, unverzüglich das Gerücht zu dementieren, das ich für eine Verleumdung hielt, und in dem ich hinzufügte, dass, wäre es wahr, dadurch die von mir in der Fraktionssitzung gesprochenen Worte ihre Gültigkeit verlören. Ich verstand darunter, dass angesichts der Anwesenheit Galliffets im Ministerium es uns nicht mehr genügen würde, zu erklären, Millerand könne durch seinen Eintritt in die Regierung die Partei weder vertreten noch verpflichten, sondern dass wir obendrein mit aller Macht gegen einen Akt protestieren müßten, durch den sich ein Sozialist zum Kollegen des Kommuneschlächters machte.

Als ich deshalb am nächsten Tage zugleich die Zeitungen mit der Nachricht von der Bildung des Kabinetts Waldeck-Millerand-Galliffet und eine Rohrpostkarte von Millerand erhielt, worin er mir schrieb, dass er meinen Brief bekam, als er aus der ersten Sitzung des Ministerrats ging, dass die Sache gemacht sei, dass er seine Pflicht getan zu haben glaube und dass die Zukunft entscheiden würde, da eilte ich zu den Abgeordneten meiner Partei (PSR) und den befreundeten Abgeordneten, und am gleichen Abend brachten die Zeitungen unseren Protest, dem wir noch dadurch positive Sanktion gaben, dass wir uns von der sozialistischen Kammerfraktion trennten und eine sozialistisch-revolutionäre Gruppe bildeten...

Bei nochmaligem Durchlesen Ihres Briefes sehe ich, dass unsere intimen Feinde auf die Erzählung eines Abgeordneten hin mich und Sembat beschuldigen, eine in der Fraktion in der Sache Millerand vorgeschlagene Resolution abgelehnt zu haben. (Siehe den Artikel Vollmars. — R. L.) Das, was ich Ihnen oben schreibe, genügt, um diese Erzählung zu dementieren, die ich schon einmal gehört habe, die aber deshalb nicht minder falsch ist. Sie ist entweder ein Irrtum oder eine Unwahrheit (une contrevérité)."

Die Sache ist also vollkommen klar. Weder hat Millerand eine Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion einberufen noch ihr die Möglichkeit seines Eintritts ins Ministerium in Aussicht gestellt, noch auch ihre Zustimmung zum Eintritt erhalten. Im Gegenteil, nach seiner Darstellung konnte die Fraktion nicht im geringsten annehmen, dass es sich um eine aktuelle Angelegenheit von positiver Bedeutung handelt, und die ganze Art und Weise, wie Vaillant und andere auch diese vagen Andeutungen Millerands aufgenommen haben, konnten ihm gar keinen Zweifel lassen, dass er nur gegen den Wunsch der Vertreter der alten Parteiorganisationen in die Regierung eintreten konnte.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Diese ganze Darlegung konnte Vollmar übrigens, wenn er mit der Gewissenhaftigkeit in der Sammlung von Informationen, die er Kautsky so warm empfiehlt, selbst den Anfang gemacht hätte, bereits seit Monaten gedruckt und bis jetzt unseres Wissens nirgends angezweifelt oder bestritten im „Jahrbuch der Sozialistisch-revolutionären Partei“ für das Jahr 1899/1900, Paris, 45 Rue de Terre-Neuve, S. 39-53, finden, was ihm sowohl die Mühe der Verbreitung falscher Nachrichten als der Belehrungen darüber an andere gespart hätte.

Nicht mehr auf Grund von diskreten Informationen, dafür aber mit Hilfe eigener scharfer Beobachtungen und feiner Konstruktionen rektifiziert Vollmar die Kautskyschen Aufstellungen über den Sinn seiner vom Internationalen Kongress angenommenen Resolution. Die große Mehrheit des Pariser Kongresses habe sich nämlich durch das Votum dieser Resolution nicht, wie Kautsky wähnt, gegen Millerand, sondern vielmehr für Millerand erklärt. Hier folgt zum Beleg eine Reihe höchst kunstvoller Zusammen- und Entgegenstellungen einzelner Äußerungen verschiedener Parteiführer in Worten und Gebärden, inner- und außerhalb des Kongresses.

Freilich erklärte sich z. B. der Belgier Vandervelde, der die Kautskysche Resolution als Berichterstatter vertrat, rundweg gegen die Ministerschaft Millerands. Aber Vollmar als tiefer Menschenkenner weiß, dass Vanderveldes Worte in diesem Falle nicht ganz ernst gemeint sein konnten, denn er war ja eben Berichterstatter, und als solcher mußte er beiden Seiten Gefälligkeiten sagen. Dass Vandervelde bereits vor einem Jahre (in der „Petite République“ vom 21. September 1899) dieselbe Meinung von Millerands Fall ausgesprochen hat, ist Vollmar aus dem Gedächtnis entschwunden, es ist also selbstverständlich, dass er davon auch dem Leser nichts mitzuteilen weiß. Allein, wäre auch Vandervelde wirklich gegen Millerand gewesen, so hat ja nach Vandervelde Anseele gesprochen, der sich „rückhaltlos“ für den Minister aussprach. Und da ein Belgier für Millerand und einer gegen gesprochen hat, so ist es klar, dass die Mehrheit der Belgier — für Millerand war.

Vollmar braucht aber nicht einmal einen einzigen Delegierten zu hören, um über das Urteil der Delegation im klaren zu sein. So haben sich z. B. die Engländer zu der Frage Millerand gar nicht geäußert, aber Vollmar weiß, dass auch sie wahrscheinlich für und nicht wider Millerand waren. Denn sonst hätten sie ja nicht dem Jaurès mehr Beifall geklatscht als Guesde und Vaillant, und das hat Vollmar in all dem Trubel des Pariser Kongresses sehr wohl gesehen. Was sich ein vorsichtiger Mann nicht alles merkt!

Was die deutsche Delegation betrifft, so besteht für Vollmar „gar kein Zweifel“, dass sie in ihrer „erdrückenden Mehrheit“ die Begeisterung Vollmars für Millerand teilte. Und wenn Vollmar nicht zweifelt, so braucht der Leser erst recht nicht zu zweifeln. Damit ist die Sache erledigt.

Dass aber diese Zustimmung der deutschen Delegation zum Eintritt Millerands in das Ministerium auch der Parteimeinung entspricht, beweisen nach Vollmar „die vielen zustimmenden Artikel“ der Parteipresse, die „einzelne Handlungen Millerands“ besprechen, sich also mit der Frage seines Eintritts gar nicht befassen.

Auch die Italiener sind der zwingenden Beweisführung Vollmars nicht entgangen. Denn Costa hat ja Ferri gegenüber festgestellt, dass die Mehrheit der italienischen Delegierten für die Kautskysche Resolution war. Und da die Italiener für die Resolution Kautsky stimmten, kann es dann noch jemand bezweifeln, dass sie sie nicht im Sinne Kautskys, sondern im Sinne Vollmars verstanden?

Ja sogar den grimmigsten Gegner Millerands, Ferri, weiß Vollmar in einen Freund zu verwandeln. Um den Sinn der Abstimmung auf dem Pariser Kongress festzustellen, entdeckt Vollmar nämlich, dass Ferri zwei Monate später sich „die Sache doch noch mal überlegte“ und in Mantua von der sozialistischen Ministerschaft zustimmend gesprochen habe.* Und so verwandelt sich die Annahme der Kautskyschen Resolution auf dem Pariser Kongress in eine eklatante internationale Kundgebung zugunsten Millerands.

Leider folgt aus dieser ganzen fein durchdachten Beweisführung nur, dass wir in Deutschland auch insofern zur Übernahme eines Portefeuilles reif sind, als es uns sogar an advokatorischen Talenten nicht gebricht. Nach einfachem Menschenverstand aber genügt die folgende Tatsache, um die wirkliche Meinung der Mehrheit des Internationalen Kongresses zu Paris zu ermitteln.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Die Resolution Kautsky besagt:

„Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment (der Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium — R. L.) nur dann von Vorteil sein, wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt. Wo der sozialistische Minister unabhängig von seiner Partei wird, wo er aufhört, der Mandatar seiner Partei zu sein, da wird sein Eintritt in das Ministerium aus einem Mittel, das Proletariat zu stärken, ein Mittel, es zu schwächen, aus einem Mittel, die Eroberung der politischen Macht zu fördern, ein Mittel, um sie zu verzögern.“

Dass Millerand nicht als Mandatar der französischen Sozialistenpartei den Ministerposten übernahm, folgt nicht nur aus der Nichtexistenz einer solchen geeinigten Partei in Frankreich, sondern auch aus dem Umstand, dass er weder von den Einzelorganisationen noch von der Kammerfraktion ermächtigt wurde. Von den interessanten Geheimnissen der „allerbest unterrichteten Seite“, die Vollmar nachher in Paris anvertraut wurden, hatte jedenfalls der Internationale Kongress keine Ahnung. Im Gegenteil, die gesamte Sozialdemokratie ausnahmslos war und ist der Meinung, dass Millerands Eintritt in die Regierung eine vollkommen eigenmächtige, individuelle Handlung war, Und sogar der Verteidiger Millerands, Jaurès, bestätigt diese Auffassung, indem er gerade den eigenmächtigen Schritt Millerands wiederholt als ein Argument für die Notwendigkeit der sozialistischen Einigung anführte.

Die Majorität des Kongresses also, die die Resolution Kautsky angenommen hat, hat dadurch, wenn auch ohne die Nennung Millerands, erklärt, dass sie seine Ministerschaft als ein Mittel, das französische Proletariat zu schwächen und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in Frankreich zu verzögern, betrachtet. Und diese Tatsache läßt sich nicht drehen noch wenden.

Wenn Vollmar also hinterher seinem Votum eine für Millerand so günstige Auslegung gibt, so ist das nichts anderes als ein neues Probestück jenes bekannten Verfahrens, wonach jemand eine Resolution, die die Niederlage seiner Auffassung bedeutet, selbst unterschreibt, um sie hinterher als seinen Sieg auslegen zu können.

Was speziell die deutsche Partei betrifft — es ist aus Rücksicht auf die Genossen in Frankreich wichtig, dies festzustellen —, so haben sich in der von der „Petite République“ veröffentlichten internationalen Umfrage, ausgenommen Vollmar, alle in Deutschland tätigen alten Parteiführer: Liebknecht, Bebel, Singer, Kautsky, gegen die Ministerschaft Millerands ausgesprochen. Wer aber schließlich die Ansichten der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck bringt, ob Vollmar oder die genannten vier, das wird Vollmar selbst mit Leichtigkeit feststellen können, wenn er sich an jene praktischen Fälle und deren Ausgang erinnert, wo er mit seiner Taktik den Liebknecht, Bebel, Singer, Kautsky gegenüberstand.

II

Die Regierung der republikanischen Verteidigung

Der Eintritt Millerands ins Ministerium wird von Jaurès und seinem Anhang durch drei Momente begründet: durch die Notwendigkeit, die Republik zu verteidigen, durch die Möglichkeit, soziale Reformen zum Wohle der Arbeiterklasse durchzuführen, endlich durch die allgemeine Auffassung, wonach die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus ein Übergangsstadium erzeugen muss, in dem die politische Herrschaft von der Bourgeoisie und dem Proletariat gemeinsam ausgeübt wird, was äußerlich in dem Anteil der Sozialisten an der Regierung zum Ausdruck kommt.

Der Zeit nach ist der Hinweis auf die Verteidigung der Republik zuerst ins Feld geführt worden.

Die Republik ist in Gefahr! Daher war es notwendig, dass ein Sozialist zum bürgerlichen Handelsminister wurde. Die Republik ist in Gefahr! Deshalb musste der Sozialist nach der Niedermetzelung streikender Arbeiter auf der Insel Martinique und in Chalonim Ministerium bleiben.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Die Republik ist in Gefahr! Infolgedessen musste die Enquete über diese Metzeleien abgelehnt, die parlamentarische Untersuchung der Kolonialgreuel verworfen, das Amnestiegesetz angenommen werden. Alles Tun und Lassen der Regierung, alle Abstimmungen und Stellungnahmen der Sozialisten werden durch die Rücksichten auf die bedrohte Republik und ihre Verteidigung begründet. Es ist einmal an der Zeit, unbeirrt durch das äußere Gewühl der Tageskämpfe und ihre Losungen, die Situation einer Analyse zu unterziehen und namentlich die Frage näher ins Auge zu fassen, was es eigentlich mit dieser Gefahr und mit dieser Verteidigung auf sich hat?

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hören wir trotz heftigster innerer Klassen- und Parteikämpfe nichts von einer Gefahr für den Bestand der republikanischen Staatsform. Es ist dies ganz selbstverständlich, weil die amerikanische Union die Republik zugleich mit der Unabhängigkeit errungen hatte und als freier Staat nie monarchisch regiert worden ist. In Frankreich erscheinen im Gegenteil die Befürchtungen um die Schicksale der Republik ebenso natürlich, weil sie bereits zweimal erkämpft worden war, um zweimal nach kurzer Dauer von der Monarchie wieder eskamotiert zu werden. Es ist also die Vergangenheit, die hier ihre Schatten auf die Gegenwart zurückwirft und die Strecke der geschichtlichen Entwicklung, die zwischen beiden liegt, den Blicken entzieht.

Sosehr die beiden Napoleonischen Staatsstreiche, der 18. Brumaire wie der 2. Dezember, mit äußeren Momenten zusammenhängen, sie kamen keineswegs wie aus der Pistole geschossen. Sowohl das Erste wie das Zweite Kaiserreich waren vor allem ein unmittelbares Ergebnis der voraufgegangenen Revolution, der äußerste Ruhepunkt in der rückläufigen Bewegung der revolutionären Welle, getragen in beiden Fällen durch zwei mächtige Klassen der bürgerlichen Gesellschaft: die Großbourgeoisie und das Bauerntum.

Im ersten Falle haben wir eine Bourgeoisie, die dem Sturm der Revolution, welche über das ihr gesteckte Ziel, die Schaffung des bürgerlichen Rechtsstaats, hinausgeeilt war und die Grundlagen dieses Rechtsstaats selbst bedrohte, Einhalt tun, sie auf den Ausgangspunkt zurückführen und hier ersticken wollte. Daneben ein Bauerntum, welches sich plötzlich befreit und Grundeigentum erworben hatte und, sowohl jede weitere Neuerung wie die Rückkehr des Ancien régime befürchtend, seine Errungenschaften durch eine den Revolutionen und der legitimen Monarchie gleich feindliche Regierung sicherzustellen suchte. Auf der anderen Seite eine Arbeiterklasse, die durch ihre kurze Herrschaft das Kleinbürgertum gebrochen und der Reaktion in die Arme getrieben, zugleich aber bewiesen hatte, dass sie ihrerseits noch kein ausführbares selbständiges Aktionsprogramm besaß, und die sich in den Kämpfen der Revolution gänzlich aufgerieben hatte. Endlich demgegenüber eine Koalition des feudal-reaktionären Europas, die sämtliche inneren Gegensätze und Kämpfe zurücktreten ließ und vor allem die Entfaltung einer starken konzentrierten Macht nach außen hin notwendig machte.

Im zweiten Falle steht an der Spitze eine Bourgeoisie, die, gleich dem Großgrundbesitz durch das revolutionäre Aufsteigen des Proletariats und des Kleinbürgertums erschreckt, zuerst mit Hilfe des Kleinbürgertums das Proletariat in der Junischlächtere zu Boden wirft, dann, um mit dem Kleinbürgertum fertig zu werden, die Regierungsgewalt nach und nach auf Kosten der Volksvertretung stärkt und schließlich auf diese Weise selbst den Kopf in die Schlinge steckt — um so resignierter, als sie, von vornherein monarchistisch gesinnt, an der Monarchie Bonapartes eigentlich nur auszusetzen hat, dass sie nicht die der Orleans oder Bourbonen ist. Daneben ein Bauerntum, das, seit dem ersten Kaisertum der napoleonischen Überlieferung ergeben, in einem zweiten das Mittel sehen musste, mit kräftiger Soldatenhand das verhasste, unruhestiftende städtische Element zur Ruhe zu bringen, von dem es nichts Gutes mehr für sich zu erwarten hatte.

Das Schema des Staatsstreichs ist also, trotz dem entgegengesetzten Schema des Verlaufs der Revolution, in beiden Fällen ein gleiches. Hier wie dort liegen einerseits positive wirtschaftliche und politische Interessen großer Gesellschaftsklassen vor, die an die Monarchie gebunden sind, andererseits ist das wirklich republikanische Element, die Arbeiterklasse, vorher aktionsunfähig gemacht. Endlich findet die Monarchie in beiden Fällen eine fertige Grundlage in dem bereits durch den Gang der Konterrevolution mit allen Attributen der Allmacht des Kriegsherrn und Regierungschefs ausgestatteten Amte des lebenslänglichen Konsuls resp. des

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

plebiszitären Präsidenten vor. Was also jedesmal im Staatsstreich zum Durchbruch kam, war bereits im Schosse der Republik als eine Frucht der Konterrevolution reif, er schuf nicht eine neue Sachlage, er konstatierte sie bloß und gab ihr den Namen.

Grundverschieden lagen die Verhältnisse in Frankreich während der Dreyfus-Krise. Diejenigen, die in den Ausschreitungen der unbotmäßigen Generale oder der Nationalisten Vorboten eines dritten Staatsstreichs nach dem Vorbild der beiden früheren erblickten, haben es unterlassen, sich das Fazit der ganzen sozialen Entwicklung Frankreichs in den letzten dreißig Jahren zum Bewusstsein zu bringen. In diesem Zeitraum haben sich nämlich im Schosse der französischen Gesellschaft große Verschiebungen vollzogen, deren Ergebnis im allgemeinen sich dahin zusammenfassen lässt: Die Republik, die in den beiden früheren Fällen erstickt wurde, bevor sie noch die revolutionären Schlacken abgestreift hatte, hat hier zum ersten Male die Möglichkeit gehabt, lange genug zu dauern, um in ein normales Dasein zu treten und der bürgerlichen Gesellschaft zu beweisen, dass sie sich ihren Interessen in so glänzender Weise anzupassen weiß wie keine Monarchie der Welt.

Das Gros der Bourgeoisie ist zum ersten Male in der Dritten Republik zur ungeteilten politischen Herrschaft gelangt, die sie nun seit dem Ende der siebziger Jahre durch die fast kontinuierlichen opportunistischen Ministerien und Kammermehrheiten ausübt. Die Kolonialpolitik und der Militarismus Frankreichs sowie im Zusammenhang damit seine riesige Staatsschuld zeigen, dass die Republik in diesen lukrativsten Unternehmungen der Bourgeoisie es mit jeder Monarchie aufnehmen kann. Das Panama und die Südbahnaffäre haben endlich bewiesen, dass das Parlament und die Verwaltung der Republik sich durchaus nicht weniger bequem zum Werkzeug der kapitalistischen Pluvmacherei gebrauchen lassen als der politische Apparat des orleanistischen Königtums.

Für das Kleinbürgertum erwies sich die Dritte Republik als der klassische Nährboden, indem sie durch die Staatsschuldenwirtschaft wie den unaufhörlich wachsenden Bürokratismus ein enormes Heer von kleinen Staatsrentnern und Staatsbeamten schuf, die mit ihrer ganzen Existenz an dem ruhigen Bestand der Republik hängen.

Aber auch seinen alten und verbissensten Feinden, dem Grundbesitz, dem kleinen wie noch mehr dem großen, hat das republikanische Füllhorn goldene Gaben in den Schoß geworfen.

War das Bauerntum in einem seiner Teile schon zur Zeit des Staatsstreichs des zweiten Napoleon fortgeschritten genug, durch eine Reihe von grausam unterdrückten Aufständen dem Monarchismus die Treue zu kündigen, so hat es nunmehr ausgiebige Gelegenheit bekommen, in noch höherem Masse seine Vorstellungen von der Republik zu revidieren. Eine ganze Reihe von wichtigen Maßnahmen, die gerade am meisten dem wohlhabenden Bauerntum, der alten Stütze des Bonapartismus, zugute kommen, sind in den beiden letzten Jahrzehnten durchgeführt worden. Die Steuerreduktionen, betreffend den Grund und Boden, belaufen sich bloß seit dem Jahre 1897 auf 25 Millionen Francs, die Steuerlast des Grundbesitzes im ganzen ist trotz der starken Vergrößerung des Reineinkommens seit 1851 absolut zirka um ein Sechstel zurückgegangen! Das System der Schutzzölle, speziell auf Vieh und Getreide, ist vor allem auf die Bereicherung des Grundbesitzes berechnet. Es kommen noch Aufwendungen von Hunderten von Millionen Francs zu Ameliorationszwecken, zum Bau von Vizinalstrassen, ferner Verbilligungen der Frachten für Bodenprodukte, Zuckerprämien usw. hinzu.

Endlich der fast gänzliche Stillstand der effektiven Sozialreform und die Verlegung des ganzen Schwerpunktes der Staatseinnahmen auf indirekte Steuern — von 1869 bis 1897 sind die Einnahmen aus Zöllen um 183 Prozent, aus dem Tabakmonopol um 49 Prozent, aus den Getränken um 84 Prozent gestiegen, bei fast völligem Stillstand der Bevölkerung! All dies beweist, dass die Dritte Republik für alle besitzenden Klassen sehr handgreifliche materielle Vorzüge aufzuweisen hat, deren Kosten am schwersten auf der einzigen nichtbesitzenden Klasse, dem Proletariat, lasten.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Zu dem Aufgezählten bleibt noch übrig hinzuzufügen, dass wie in der inneren, so auch in der auswärtigen Politik die Republik das Zeugnis ihrer Anpassungsfähigkeit in glänzender Weise abgelegt, indem sie sich durch das Bündnis mit dem Zarenreich das Oberhaupt der europäischen Reaktion, ihrer alten Feindin, zum wohlwollenden Gönner und Alliierten gemacht hat.

Die letzten dreißig Jahre sind also nicht umsonst ins Land gegangen. Die Dritte Republik hat ihren sozialen Inhalt entwickelt, und sie hat sich für Frankreich aus dem gefürchteten Gespenst der revolutionären Umstürze in die normale Daseinsform der bürgerlichen Gesellschaft verwandelt.

Heute hat die Republik hinter sich das Gros der Bourgeoisie, „die Satten“, weite Kreise des Kleinbürgertums, sie hat das Misstrauen ihres früheren Hauptgegners entworfen, des Bauerntums, für das sie sich als eine liebevolle Mutter erwiesen hat. Und auch diejenige Klasse, die sie wie ein Stiefkind behandelte und die ihr trotzdem in alter Treue zugetan bleibt, die Arbeiterklasse, steht heute ganz anders da als zur Zeit des ersten und des zweiten Staatsstreichs. Politisch geschult, aufgeklärt, organisiert, wenn auch in Fraktionen gespalten, stellt das heutige sozialistische Proletariat Frankreichs, dessen Partei bei der letzten Kammerwahl fast eine Million Stimmen auf sich vereinigt hat, eine feste und achtunggebietende Schutzwehr der Republik dar.

Es ist klar, dass in dem so beschaffenen Milieu der Monarchismus zu einer ganz anderen Rolle reduziert ist als der ehemals von ihm gespielten. Das nationalistische Lager in der Dreyfus-Kampagne, das man sich unter dem Einfluss der Kampflosungen der Tagespolitik gewöhnt hat als das Hauptquartier des Staatsstreichs ebenso wie jeden Reaktionär à la Méline, Barthou oder Ribot ohne weiteres als Monarchisten zu betrachten, stellte bei etwas näherem und ruhigerem Zusehen nichts weniger als ein innerlich geschlossenes Ganzes von homogener politischer Beschaffenheit dar. Umgekehrt war dieses Lager vielmehr ein Sammelsurium mannigfaltiger Elemente mit verschiedenartigsten Bestrebungen und Interessen.

Wir sehen hier im Zentrum das kompromittierte hohe Militär, den Generalstab mit seinem Anhang, die zwar, in der Befürchtung, von der republikanischen Zivilgewalt zur Rechenschaft gezogen zu werden, naturgemäß zur Auflehnung gegen diese Gewalt getrieben wurden, im Grunde genommen aber kein begründetes Interesse an der Wiederherstellung der Monarchie haben konnten. Im Gegenteil, erst die Dritte Republik hat die Armee durch allerlei Reformen und Privilegien und durch den wahnsinnigen chauvinistischen Kultus zu jenem Abgott gemacht, der sie nie vorher war. Und die Dreyfus-Affäre hat ja am besten gezeigt, dass das hohe Militär in der Republik ein von seinem Standpunkt geradezu paradiesisches Dasein führte. Man kann ruhig behaupten, dass eine Willkür und Selbstherrlichkeit der militärischen Chefs, wie sie unter den Fittichen der opportunistischen Republik gediehen ist, unter einem monarchischen Regime nicht so leicht denkbar wäre. Eine Sehnsucht nach den straffen Zügeln der Monarchie konnte das Militär selbst also unmöglich im Ernste verspüren. Seine antirepublikanische Haltung ergab sich hier bloß als eine naturgemäße Form der Notwehr von Gaunern, die von der Republik ertappt und entlarvt worden waren.

Wir sehen hier ferner den Klerus, der zwar seit jeher in der Republik auf dem Quivive lebt und nur auf eine Gelegenheit wartet, um sie zu erdrosseln, der zweifellos einen enormen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausübt, der aber, selbst aktionsunfähig, nur durch andere wirken, nur den Regisseur und Souffleur, nicht den Schauspieler abgeben kann.

Wir finden in dritter Linie das in Frankreich, dem Lande des Kleingewerbes und des Finanzjudentums, naturgemäß stark entwickelte antisemitische Kleinbürgertum, das, der Agitation gegen die „Dreyfusards“ wie jeder reaktionären Strömung zugänglich, für die nationalistische Demagogie den günstigsten Boden abgab, an sich aber nicht dem cäsaristischen Staatsstreich zu huldigen brauchte noch auch tatsächlich huldigte.

Wir treffen hier endlich auch echte Monarchisten; Vertreter der Bauernschaft in den zurückgebliebensten Gegenden Frankreichs, Aristokraten, die in ruhigen Zeiten durch den Gang der Dinge in der Dritten Republik gezwungen wurden, mit ihr zum großen Teile als Rallierte offen Frieden zu schließen oder sich wenigstens stillschweigend in die Lage zu fügen, und die nun, durch den Trubel der Krise ermuntert, an der politischen Oberfläche erschienen, ferner ihr Gefolge von royalistischen Klienten, Journalisten und Literaten.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Dass sich diese in sich schwachen und ohnmächtigen Elemente Hand in Hand mit dem Pfaffentum sofort um die bedrängten Generale gruppierten, um sie als den Sturmbock vorwärtszudrängen und die Krise zu eigenen Zwecken auszunutzen, dass dieser Umstand zusammen mit der rebellischen Haltung des kompromittierten Generalstabs dem ganzen Lager einen cäsaristischen Anstrich geben musste, ist selbstverständlich. Diese von außen hineingetragenen monarchistischen Tendenzen fanden aber materiell gar keinen Anknüpfungspunkt vor. Nicht nur war in keiner der Gesellschaftsklassen eine ernste Bewegung nach dieser Richtung, nicht einmal ein äußerer Mittelpunkt, ein irgendwie ernst zu nehmender Thronprätendent, war vorhanden. Der eine, ein Oberstleutnant der russischen Armee, der in einer Provinzstadt des Zarenreichs sein obskures Garnisonsdasein führt und als einzigen Legitimationstitel sich nicht mehr auf Austerlitz und Jena, sondern auf Sedan und Metz berufen kann. Der andere, eine sich im Ausland herumtreibende Null, deren Anhang, ein paar Hundert verschimmelte Männlein und Weiblein, ihre ganze „Agitation“ darin erschöpfen, dass sie sich alljährlich — wie neulich wieder — zu einem Bankett versammeln, wo sie ihren Hoffnungen auf den „Gang der Entwicklung“ in traditionellen Reden Ausdruck geben.

Worin sich unter solchen Umständen die vereinigte Aktion erschöpfen musste, das war die Erregung eines Deliriums des nationalen Chauvinismus, eine antisemitische Hatz und eine alles Frühere übertreffende Verherrlichung der Armee. Zu einer ernstesten politischen Tat, zum Umsturz der Republik fehlte so ziemlich alles: der innere Zusammenhalt, eine Organisation, ein Aktionsprogramm und vor allem die gesamte innere Entwicklung der sozialen Verhältnisse, die die Monarchie, wie in den früheren Fällen, in ihrem Schoße als fertige Frucht getragen hatte, um von ihr durch den Staatsstreich nur entbunden zu werden. Die Dreyfus-Affäre konnte alle die aufgezählten Elemente aufwirbeln, den Boden für eine monarchistische Agitation aufwühlen, den Moment zur Ausführung eines Staatsstreichs schaffen — sie konnte nicht die positiven Triebkräfte des Umsturzes ersetzen, die nicht vorhanden waren. Der Monarchismus war hier der teilweise äußere Anstrich, nicht der Inhalt der Krise.

Dieser lagen ganz andere Ursachen zugrunde. Die Dritte Republik hat sich zur vollendeten Form der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ausgebildet, zugleich aber ihre inneren Widersprüche entfaltet. Einer dieser fundamentalen Widersprüche ist der zwischen einer auf der Herrschaft des bürgerlichen Parlaments basierten Republik und einer großen, auf Kolonial- und Weltpolitik zugeschnittenen ständigen Armee. In einer starken Monarchie naturgemäß bloß zu einem gehorsamen Werkzeug in den Händen der Exekutivgewalt reduziert, hat die Armee mit ihrem ausgesprochenen Kastengeist in einer parlamentarischen Republik mit einem alle Augenblick wechselnden Regierungszentrum aus Zivilisten, mit einem wählbaren Staatsoberhaupt, dessen Amt einem jeden aus der „Bürgerkanaille“, ob gewesenem Gerbergesellen oder redegewandtem Advokaten, zugänglich ist, naturgemäß die Tendenz, zu einer unabhängigen, mit dem Staatsganzen nur lose zusammenhängenden Macht zu werden.

Die soziale Entwicklung in Frankreich, welche die Kultur der Interessenpolitik des Bürgertums so weit getrieben hat, dass sie es in Einzelgruppen zerfallen ließ, die, ohne Gefühl der Verantwortlichkeit für das Ganze, Regierung und Parlament zum Spielzeug ihres Eigennutzes gemacht haben, dieselbe Entwicklung hat auf der anderen Seite die Verselbständigung der Armee aus einem Werkzeug des Staatsinteresses zu einer Interessengruppe für sich erzeugt, die ihre Vorteile ungeachtet der Republik, trotz der Republik und gegen die Republik zu verteidigen bereit ist.

Der Widerspruch zwischen der parlamentarischen Republik und der ständigen Armee kann nur in der Auflösung der Armee in der Zivilgesellschaft und in der Organisierung der Zivilgesellschaft zur Armee, in der Ummodelung der Wehrkraft aus einem Werkzeug der Eroberung und der Kolonialherrschaft zu einem Werkzeug der nationalen Verteidigung, kurz, in der Ersetzung des stehenden Heeres durch ein Milizheer seine Lösung finden. Solange diese nicht herbeigeführt ist, macht sich der innere Widerspruch in periodischen Krisen, in Zusammenstößen der Republik mit ihrer eigenen Armee Luft, in denen die handgreiflichen Ergebnisse der Verselbständigung der Armee, ihre Korruption und Disziplinlosigkeit, an den Tag treten. Die Wilson-, Panama- und Südbahnaffäre mussten ihr Korrelat in der Dreyfus-Affäre finden.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Der Auflehnung der hohen Militärs lag somit die Bestrebung zugrunde, ihre Selbständigkeit der republikanischen Zivilgewalt gegenüber zu behaupten und nicht diese Selbständigkeit an eine Monarchie vollständig zu verlieren.

Aus der geschilderten Sachlage ergab sich naturgemäß der possenhafte Charakter der angeblich monarchistischen Aktion. Ein wütender Federkrieg in der Presse, ein ohrenbetäubender Lärm der antisemitischen Rowdies, Zusammenrottungen und Beifallsgewieher vor den Redaktionen nationalistischer und Geklirr eingeworfener Fensterscheiben in den Redaktionen dreyfusfreundlicher Blätter, Belästigung unbeteiligter Passanten, die luftverpestende Verschanzung Guérins in der Rue Chabrol, endlich ein Prügelattentat der goldenen Jugend auf den Präsidenten beim Pferderennen, aber inmitten dieser mit Elektrizität geladenen, nervenerregenden Atmosphäre — nicht eine einzige ernste politische Handlung zur Verwirklichung des Staatsstreichs. Den Kulminationspunkt der Gärung bildete der große historische Moment, wo der überspannte Hanswurst Déroulède dem an der Spitze seiner Mannschaften in die Kaserne einrückenden General Roget in die Zügel fiel, um ihn in emphatischer Pose gegen das Präsidentenpalais im Elysée zu richten, ohne selbst die geringste Ahnung zu haben, was Roget denn im Elysée ausrichten und was aus dem ganzen Abenteuer eigentlich herauspringen sollte. Der Gauner im Militärrock war denn auch klüger als der Narr im Zivil, und ein Streich mit dem Degen auf die Finger Déroulèdes war die Antwort auf den „beau geste“ des Antisemitenhäuptlings. So endete der einzige Versuch des monarchistischen Staatsstreichs.

Aus der obigen kurzen Darstellung folgt, dass die Verhältnisse beträchtlich anders lagen, als sie an der Oberfläche aussehen mochten. Hier wie sonst hing das Schicksal der Republik nicht von einzelnen „Rettern“ — zumal im Ministersessel — ab, sondern von dem ganzen inneren Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes. Dass mitten im Gewühl des Tageskampfes, wo eine Untersuchung des sozialen Hintergrundes der Erscheinungen sehr schwierig, für die Beteiligten fast unmöglich ist, wo naturgemäß die Ereignisse und die Tatsachen übertriebene Dimensionen annahmen, die Gefahr des Staatsstreichs in Frankreich ernst und groß erscheinen konnte, ist leicht begreiflich. Und selbstverständlich war eine energische Aktion der Republikaner im Parlament wie noch mehr außerhalb desselben dringend geboten, um den nationalistischen Pöbel und die Generalstähler im Zaume zu halten.

Aber heute, nach dem Abschluss der Krise und aus der Ferne dieselbe Auffassung des Tageskampfes nachbeten und in allem Ernst das Ministerium Waldeck-Rousseau und namentlich Millerand als den wahren „Retter“ der französischen Republik feiern ist nichts anderes denn eine Probe des Vulgärhistorismus, der, ein Gegenstück zur Vulgärökonomie, die Geschehnisse, so wie sie sich an der Oberfläche des politischen Lebens darstellen, als das Werk der Minister und anderer „Hauptleute“ der Geschichte statt in ihrem wahren inneren Zusammenhang auffasst. Millerands Rettung der Republik ist genau so ernst zu nehmen wie die monarchistische Gefahr, die ihr von Déroulède und von Guérin drohte.

In der Tat, sollte die Verteidigung der Republik von der Aktion des Kabinetts Waldeck-Rousseau abhängen, so wäre sie längst zugrunde gegangen. Der Posse des monarchistischen Umsturzes entspricht die Posse der republikanischen Verteidigung.

Selten ist eine Regierung in einem ernsteren Moment ans Ruder gekommen, und selten hat man auf eine Regierung größere Hoffnungen gesetzt. War auch die monarchistische Gefahr mehr ein Schreckgespenst denn Wirklichkeit, so war nicht minder ernst als jene eingebildete die wirkliche Gefahr, die Frankreich drohte, nämlich die Möglichkeit, dass die Republik in dem Guerillakrieg mit den Elementen der Anarchie, den unbotmäßigen Armeehäuptern und den die Auflehnung schürenden Pfaffen, ihre Ohnmacht zeigte, damit also die Wiederholung ähnlicher Krisen in der Zukunft unvermeidlich machte.

Die Augen der ganzen zivilisierten Welt waren auf Frankreich gerichtet. Es galt, seine Lebensfähigkeit als ein geordnetes Staatswesen zu beweisen. Es galt zu zeigen, dass das bürgerliche Frankreich noch so viel Kraft besitzt, die Zersetzungselemente, die es produziert, selbst auszuschneiden und zu neutralisieren.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Die zu ergreifenden Maßnahmen waren durch die Situation selbst diktiert. Wenn die Armee sich zu einem selbständigen Körper ausgewachsen hatte und sich gegen den Organismus der Republik richtete, so galt es, an ihre Selbständigkeit die Axt zu legen und durch Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit wie auch durch Kürzung der Dienstzeit ihre Annäherung an die Zivilgesellschaft herbeizuführen. Wenn die Pfaffheit die rebellischen Tendenzen des Militärs unterstützte und gegen die Republik hetzte, so galt es, ihre Macht zu vernichten durch Auflösung der Kongregationen, Konfiskation ihres Vermögens und Trennung der Schule von der Kirche wie der Kirche vom Staate.

Und vor allem, wenn die Korruption in der Armee und der eklatante Justizmord sowie sein Rattenschwanz von Lügen, Fälschungen, Meineiden und anderen Verbrechen das Ansehen Frankreichs im Innern und nach außen vollständig erschüttert hatten, so galt es, durch eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen, Freisprechung des unschuldig Verurteilten und Verbreitung voller Klarheit der republikanischen Justiz wieder Achtung und Autorität zu verschaffen.

Das Ministerium steht schon neunzehn Monate am Ruder, es hat die durchschnittliche Lebensdauer einer französischen Regierung, die fatalen neun Monate, zweimal überdauert. Worin bestehen seine Werke, was hat es geleistet?

Wenn man sich einen eklatanten Widerspruch zwischen Mittel und Zweck, zwischen Aufgabe und Ausführung, zwischen vorbereitender Reklame und dem folgenden Schauspiel vorstellen kann, so ist es der zwischen den Erwartungen, die man auf Waldeck-Rousseau gesetzt, und dem, was er gehalten.

Von der ganzen Reform der Militärjustiz haben wir bis jetzt ein Versprechen des Kriegsministers, in das Verfahren der Kriegsgerichte — die „mildernden Umstände“ einzuführen. Von der ganzen „Demokratisierung“ der Armee — eine Verfügung über die von den Offizieren zu lesenden Zeitungen. Der Sozialist Pastre beantragt in der Kammersitzung vom 27. Dezember vorigen Jahres die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, der General André antwortet, er, der radikale Minister der republikanischen Verteidigung, könne zu dieser in dem halbabsolutistischen Deutschland durchgeführten Reform keine Stellung nehmen. Der Sozialist Dejeante fordert in derselben Sitzung die Beseitigung der Pfaffen von den Militärschulen, Ersetzung des geistlichen Personals in den Militärhospitälern durch ein weltliches, Abschaffung der Kultusausgaben der Armee — der Minister der republikanischen Verteidigung, der die Armee verweltlichen sollte, antwortet mit einer schroffen Ablehnung der Anträge und mit einer Glorifikation der Armeegeistlichkeit unter stürmischem Beifall der Nationalisten. Die Sozialisten denunzieren in der Kammer (Februar 1900) eine Reihe eklatanter Missbräuche in der Armee — die Regierung weist jede parlamentarische Untersuchung darüber zurück. Der Radikale Vigné d'Octon macht in der Kammer (Sitzung vom 7. Dezember vorigen Jahres) grauenerregende Enthüllungen über das Regime des französischen Militärs in den Kolonien, auf Madagaskar und in Indochina — die Regierung lehnt die parlamentarische Enquete als „gefährlich und zwecklos“ ab. Nach alledem besteigt der Kriegsminister die Kammertribüne, um von seiner heldenmütigen Verteidigung — eines Dragoneroffiziers zu erzählen, der von seinen Kollegen boykottiert wurde, weil er eine geschiedene Frau geheiratet hat.

Folgt der titanische Kampf mit dem Drachen — Geistlichkeit. Wie ein roter Faden zieht sich der Krieg mit dem Pfaffentum durch die Geschichte Frankreichs im letzten Jahrhundert. Die Dritte Republik allein hat 33 Projekte antiklerikaler Gesetze gezeitigt. Alle bisherigen Maßnahmen haben sich ohnmächtig erwiesen, weil sie nicht die Kirche im ganzen, sondern bloß einen vom Ganzen untrennbaren Teil, die Ordensgeistlichkeit, treffen und auch diese nicht durch gänzliches Verbot, sondern durch Aufzwingung der gesetzlichen Autorisation dem Staate unterwerfen wollten. Trotz aller gesetzlichen Klauseln haben die Kongregationen unter der Dritten Republik ihre Mitgliedschaft auf 200.000 erhöht und ihr Vermögen verdreifacht. Nun kommt der Axthieb der „Regierung der republikanischen Verteidigung“: Der Entwurf Waldeck-Rousseau richtet sich wieder nach alten Mustern einzig und allein gegen nichtautorisierte Orden, und zu ihrer Einschränkung wird eine gesetzliche Norm geschaffen, in der die Mönchsorden mit öffentlichen Vereinen unter einen Hut gesteckt werden und deren Anwendung gegen die Pfaffen dem guten und gegen die Sozialisten dem bösen Willen der künftigen Ministerien überlassen wird. Die autorisierten Orden mit ihren nahezu 400 Millionen Francs Vermögen, die staatlich subventionierte Weltgeistlichkeit mit ihren 87 Bischöfen, 87 Seminaren, 42000

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Pfarrern, das Kultusbudget von ca. 40 Millionen werden der Republik nach wie vor erhalten. Die Hauptmacht der Geistlichkeit liegt in ihrem Einfluss auf die Erziehung, zwei Millionen französische Kinder werden gegenwärtig in den geistlichen Schulen vergiftet und zu Feinden der Republik erzogen. Die Regierung rafft sich zusammen und verbietet den Unterricht — von nichtautorisierten Orden. Fast der gesamte geistliche Unterricht liegt aber just in den Händen der autorisierten, und durch die radikale Reform werden von den nahezu zwei Millionen ganze fünfzehntausend Kinder dem Weihwedel entzogen. Die Kapitulation der Regierung vor der Kirche wird mit einer Huldigungsrede Waldeck-Rousseaus an die Adresse des Papstes eingeleitet und durch ein von den Nationalisten angebotenes Vertrauensvotum besiegelt.

Den Kulminationspunkt der republikanischen Verteidigung des Ministeriums bildet endlich das Amnestiegesetz vom Dezember vorigen Jahres. Zwei Jahre lang verzehrte sich Frankreich in dem Verlangen nach Wahrheit, Licht und Gerechtigkeit. Zwei Jahre lastete auf seinem Gewissen die böse Tat eines ungesühnten Justizmordes. Die Gesellschaft erstickte schier in der verpesteten Atmosphäre der Lügen, Meineide und Fälschungen.

Und endlich war die Regierung der republikanischen Verteidigung gekommen. Alle Welt hielt den Atem zurück. „Die große Sonne der Gerechtigkeit“ sollte aufgehen.

Und sie ging auf. Am 19. Dezember lässt die Regierung von der Kammer ein Gesetz votieren, wonach sie allen Verbrechern die Straflosigkeit garantiert, allen Opfern die rechtliche Genugtuung verweigert, alle angefangenen Prozesse erstickt. Diejenigen, die gestern als die gefährlichsten Feinde der Republik erklärt waren, werden heute wieder als verlorene Söhne liebevoll in ihren Schoß aufgenommen. Um die Republik zu verteidigen, wird sämtlichen Angreifern der Republik ein Generalpardon gegeben, um die republikanische Justiz zu rehabilitieren, wird den Opfern des Justizmordes die Rehabilitierung abgeschnitten.

Der kleinbürgerliche Radikalismus ist sich treu geblieben. Der Radikale Bourgeois, im Jahre 1893 im Kabinett Ribot zur Liquidation des Panamaskandals berufen, ließ, da die Republik in Gefahr erklärt wurde, alle angeklagten Parlamentarier außer Verfolgung setzen und die ganze Affäre im Sande verlaufen. Waldeck-Rousseau, der Syndikus der Dreyfus-Affäre, löst, um der monarchistischen Gefahr den Riegel vorzuschieben, die Affäre in einem vollständigen Fiasko auf. Das Schema bleibt das alte:

„Die schmetternde Ouvertüre, die den Kampf verkündete, verliert sich in ein kleinlautes Knurren, sobald er beginnen soll, die Schauspieler hören auf, sich au sérieux [=ernst] zu nehmen, und die Handlung fällt platt zusammen wie ein luftgefüllter Ballon, den man mit einer Nadel piekt.“

Und um diese grotesk-winzige, vom Standpunkt nicht des Sozialismus, nicht einer halbwegs lebensfähigen radikalen Partei, nein, vom Standpunkt der republikanischen Maßnahmen der Opportunisten in den achtziger Jahren, der Gambetta, Jules Ferry, Constans, Tirard, lächerliche Aktion in die Welt zu setzen, dazu soll der Anteil eines Sozialisten, soll die Vertretung der ganzen Tatkraft der Arbeiterklasse in der Regierung unentbehrlich gewesen sein?

Der Opportunist Gambetta mit seinen gemäßigten Republikanern forderte 1879 die Verjagung aller Monarchisten vom Staatsdienst und jagte mit dieser Forderung Mac-Mahon vom Präsidentenstuhl weg, 1880 setzten dieselben „honetten“ Republikaner die Ausweisung der Jesuiten, den unentgeltlichen Unterricht und den Schulzwang durch. Der Opportunist Jules Ferry vertrieb 1883 durch seine Gerichtsreform sechshundert monarchistische Richter von ihrem Amte und versetzte den Pfaffen durch das Ehescheidungsgesetz einen harten Schlag. Die Opportunisten Constans und Tirard reduzierten, um dem Boulangismus den Boden zu entziehen, die militärische Dienstzeit von fünf auf drei Jahre.

Und damit das radikale Ministerium Waldeck-Rousseau hinter allen diesen allerbescheidensten republikanischen Maßnahmen der Opportunisten zurückbleibt, damit es nach einer Reihe von Scheinmanövern im Laufe von neunzehn Monaten nichts, aber auch gar nichts unternimmt, nicht die geringste Reorganisation der Militärjustiz, nicht die allermindeste Herabsetzung der Dienstzeit, nicht einen einzigen entschiedenen Schritt ge-

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

gen die Monarchisten in der Armee, der Justiz und der Verwaltung, nicht eine durchgreifende Maßnahme gegen die Klerisei, damit es — immer in der Pose der Unerschrockenheit, Unbeugsamkeit und Unentwegtheit, der klassischen Pose des Kleinbürgers auf der Höhe seiner politischen Schmach — schließlich nach langem Drum und Dran erklärt, die Republik sei nicht imstande, mit der militärischen Gaunerbande fertig zu werden, und es sei notwendig, diese einfach laufen zu lassen — dazu war die Mitarbeit eines Sozialisten im Ministerium erforderlich?!

Es ist behauptet worden, Millerand sei persönlich zur Bildung des Kabinetts Waldeck-Rousseau unentbehrlich gewesen, weil sonst das Zustandekommen des Ministeriums überhaupt in Frage gestellt war. Soviel man weiß, leidet Frankreich nicht Mangel an portefeuill lustigen Männern, und hat Waldeck-Rousseau in der rebellischen Armee zwei brauchbare Generale für das Kriegsministerium gefunden, so stand ihm in seiner eigenen Partei sicher ein halbes Dutzend Handelsminister zur Verfügung. Nachdem man aber erst die Taten des Kabinetts kennengelernt hat, muss man jedenfalls sagen: Waldeck-Rousseau konnte ruhig einen jeden beliebigen Radikalen zum Mitarbeiter nehmen — diese Spottgeburt der Verteidigungsaktion wäre sicher darum nicht um ein Haar schlimmer geraten. Die Radikalen haben es bis jetzt stets verstanden, ganz allein, ohne fremde Hilfe, sich gründlich zu kompromittieren.

Wir haben gesehen, die monarchistische Gefahr, die man im Laufe der Dreyfus-Krise wahrzunehmen glaubte, war mehr Phantom als Wirklichkeit. Und daraus erklärt es sich auch genügend, dass die „Verteidigung“ Waldeck-Millerands die Republik noch nicht dem Staatsstreich ausgeliefert hat. Diejenigen aber, die heute noch mit derselben Überzeugung von der monarchistischen Gefahr reden wie vor zwei Jahren und mit dieser Gefahr den Schritt Millerands nach wie vor begründen, treiben da ein gefährliches Spiel. Je ernster man die Situation schildert, desto kläglicher erscheint die Aktion des Ministeriums, desto fraglicher die Rolle des Sozialisten in diesem Ministerium.

War die monarchistische Gefahr, wie wir es darzutun suchten, gering, dann ist die großspurig eingeleitete und mit einem Fiasko beendete Rettungsaktion der Regierung eine Lächerlichkeit. War dagegen diese Gefahr groß und ernst, dann ist die Scheinaktion des Kabinetts ein Verrat an der Republik und an den ihm vertrauenden Parteien.

Und in beiden Fällen hat die Arbeiterklasse durch die Ministerschaft Millerands nicht die „large part de responsabilité“, nicht den weitgehenden Anteil an der republikanischen Verantwortlichkeit, den Jaurès und seine Freunde so stolz beanspruchten, sondern einen Anteil an der eklatanten „republikanischen“ Blamage des kleinbürgerlichen Radikalismus eingeheimst.

III

Die Taktik Jaurès' und der Radikalismus

Der Widerspruch zwischen den Erwartungen, die man auf die republikanische Verteidigung des Kabinetts Waldeck-Rousseau gesetzt, und seinen tatsächlichen Leistungen hat diejenige Fraktion des französischen Sozialismus, die den Eintritt Millerands in das Kabinett unterstützte, vor eine Alternative gestellt. Sie musste entweder ihre Enttäuschung eingestehen, die Zwecklosigkeit der Teilnahme Millerands an der Regierung einsehen und seinen Rücktritt fordern oder aber sich mit der Politik des Kabinetts zufriedengeben, sie als die Verwirklichung ihrer Erwartungen erklären und demgemäß diese Erwartungen resp. Forderungen entsprechend der stufenweise in nichts zusammenfallenden Aktion der Regierung immer mehr herabstimmen. Jaurès und seine Freunde haben den letzteren Weg eingeschlagen.

Solange das Ministerium sich um die Hauptsache herumdrückte und erst in der Phase der provisorischen Geplänkel verharnte — und diese Phase dauerte ganze achtzehn Monate —, konnte die Richtung, die seine Politik nahm, und die Stellung der Sozialisten dazu noch im Ungewissen schweben. Der erste entscheidende Schritt, das Amnestiegesetz, hat aber sofort die Situation geklärt.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Gerade für die Gruppe Jaurès musste die Erledigung der Dreyfus-Sache entscheidend sein. Ihre ganze Taktik seit zwei Jahren war auf diese eine Karte gesetzt. Während zweier Jahre bildete der Kampf um Dreyfus die Achse ihrer ganzen Politik, er war für sie „eine der größten Schlachten des Jahrhunderts, eine der größten der menschlichen Geschichte“ (Jaurès, *Petite République* vom 12. August 1899), die vornehmste Aufgabe der Arbeiterklasse, der nicht nachzukommen „die schlimmste Abdankung und schlimmste Demütigung, die Negation selbst der großen Klassenaufgabe des Proletariats“ wäre. (*Petite République* vom 15. Juli 1899.) „Toute la vérité! La pleine lumière!“ Ganze Wahrheit, volles Licht! Das war das Ziel der sozialistischen Kampagne. Nichts konnte Jaurès und seine Freunde auf halbem Wege aufhalten, nicht Schwierigkeiten und Manöver der Nationalisten, nicht Proteste der anderen, von Guesde und Vaillant geführten Fraktion des Sozialismus. „Wir führen den Kampf weiter“, ruft Jaurès mit edlem Stolz, „und wenn die Richter von Rennes, hintergangen durch die abscheulichen Manöver der Reaktion, noch einmal den Unschuldigen opfern sollten, um die verbrecherischen Armeehäupter zu retten, morgen noch, trotz der Exkommunikationsmanifeste, trotz der vermeintlichen Berufungen auf die Fälschung, Verkleinerung, Verzerrung des Klassenkampfes, werden wir uns wiederaufrichten, trotz aller Gefahren, um den Generalen und den Richtern zuzurufen: Ihr seid Henker und Verbrecher!“ (*Petite République* vom 15. Juli 1899.)

Während des Prozesses in Rennes ruft Jaurès mit strahlender Siegeszuversicht: „Was es auch sei, die Gerechtigkeit kommt! Die Stunde der Befreiung naht für den Märtyrer, die Stunde der Strafe naht für die Verbrecher!“ (*Petite République* vom 13. August 1899.)

Noch im November vorigen Jahres, kurz vor dem Amnestiegesetz erklärt er in Lille: „Was mich anbelangt, ich wollte weitergehen, ich wollte aushalten, bis die giftige Bestie gezwungen wäre, all ihr Gift auszuspeien. Ja, man musste alle Fälscher, alle Lügner, alle Henker, alle Verräter verfolgen; man musste sie verfolgen auf die die äußerste Spitze der Wahrheit wie auf die äußerste Spitze des Messers, bis sie gezwungen wären, vor der ganzen Welt ihre Verbrechen, die Schmach ihrer Verbrechen einzugestehen.“ (*Les deux Méthodes*, Lille 1900, S. 5.)

Und Jaurès hatte recht. Die Dreyfus-Affäre hatte alle latenten Kräfte der Reaktion in Frankreich wachgerufen. Der alte Feind der Arbeiterklasse, der Militarismus, stand enthüllt da, und es galt, alle Speere gegen seine Brust zu richten. Die Arbeiterklasse war zum ersten Male berufen, einen großen politischen Kampf auszufechten. Jaurès und seine Freunde haben sie in den Kampf geführt und damit eine neue Epoche in der Geschichte des französischen Sozialismus inauguriert.

Als deshalb das Amnestiegesetz der Kammer vorgelegt wurde, sahen sich die Sozialisten des rechten Flügels mit einem Male vor einen Rubikon gestellt. Es war klar, dass die Regierung, die vor allem zur Liquidierung der Dreyfus-Affäre berufen war, statt „volles Licht“ zu verbreiten, der „ganzen Wahrheit“ zu ihrem Rechte zu verhelfen und die militärischen Gauner auf die Knie zu zwingen, vielmehr Licht und Wahrheit zu ersticken und vor den Gaunern selbst auf die Knie zu fallen sich anschickte. Vom Standpunkt Jaurès' und seiner Freunde war dies ein Verrat an ihren auf die Regierung gesetzten Hoffnungen. Das Ministerium erwies sich als unbrauchbares Werkzeug der sozialistischen Politik und der republikanischen Verteidigung, das Werkzeug kehrte sich wider den Meister. Wollte die Fraktion Jaurès ihrer Haltung in der Dreyfus-Kampagne und der Aufgabe der republikanischen Verteidigung treu bleiben, so musste sie sofort den Spieß umdrehen und das Amnestiegesetz mit allen Mitteln zu vereiteln suchen. Die Regierung hatte endlich ihre Karten aufgedeckt, es galt, das Spiel zu durchkreuzen.

Aber die Entscheidung über die Amnestievorlage gestaltete sich zugleich zu einer Entscheidung über die Existenz des Ministeriums. Da die Nationalisten sich gegen die Amnestie erklärten und das Kabinett die Vertrauensfrage gestellt hatte, so konnte sich leicht eine Mehrheit gegen die Vorlage und ein Sturz des Ministeriums ergeben.

Jaurès und seine Freunde standen also vor der Wahl: entweder auf die Realisierung des Zieles ihrer zweijährigen Dreyfus-Kampagne oder auf das Kabinett Waldeck-Rousseau, entweder auf „volles Licht“ oder auf das Ministerium, entweder auf die republikanische Verteidigung oder auf Millerand verzichten. Die Waage

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

schwankte nur einige Minuten. Waldeck-Millerand wogen schwerer als Dreyfus, das Ultimatum des Ministeriums erreichte, was die Exkommunikationsmanifeste nicht zu erreichen vermocht hatten: Jaurès und seine Gruppe gaben, um die Regierung zu retten, ihre Dreyfus-Kampagne preis und erklärten sich für die Amnestie.

Die Würfel waren gefallen. Mit der Annahme des Amnestiegesetzes machte der rechte sozialistische Flügel nicht eigene politische Interessen, sondern die Erhaltung der Regierung am Ruder zur Richtschnur seines Verhaltens. Die Abstimmung über das Amnestiegesetz war das Waterloo seiner Dreyfus-Kampagne; in einem Augenblick machte Jaurès alles zunichte, was er im Laufe von zwei Jahren geleistet hatte.

Nach dieser Preisgabe ihres politischen Haupteinsatzes machte die Jaurèssche Taktik die weitere Entwicklung mit spielender Leichtigkeit und Eile durch.

Erst gab man, um die Regierung zu retten, widerwillig und mit einem inneren Katzenjammer das Teuerste preis, das Ziel zweijähriger Riesenkämpfe: die „ganze Wahrheit und das volle Licht“. Um aber sein eigenes Festhalten an einer Regierung des politischen Fiaskos zu rechtfertigen, muss man das Fiasko der Regierung ableugnen. Der nächste Schritt, das ist also die Rechtfertigung der Kapitulation der Regierung.

Sie hat die Dreyfus-Affäre erstickt, statt sie zu Ende zu führen? Aber das war notwendig, „um mit den nunmehr zwecklosen und langweiligen Prozessen aufzuräumen, um die Übersättigung der Öffentlichkeit zu vermeiden, die sich bald der Wahrheit selbst verschließen würde“. (Jaurès, Petite République vom 18. Dezember 1900.)

Zwar wurde „das ganze loyale und ehrliche Frankreich“ vor zwei Jahren aufgefordert auszurufen: „Ich schwöre, dass Dreyfus unschuldig ist, dass der Unschuldige rehabilitiert wird, dass die Verbrecher bestraft werden.“ (Jaurès, Petite République vom 9. August 1899.)

Aber heute würden „alle diese gerichtlichen Prozeduren eine Lächerlichkeit sein. Sie würden das Land nur ermüden, ohne es aufzuklären, und der Sache selbst schaden, der wir dienen wollen.“ „Die wahre Sanktion der Dreyfus-Affäre“ liegt heute in der „republikanischen Gesamtarbeit“. (Jaurès, Petite République vom 18. Dezember 1900.)

Noch ein Schritt, und die früheren Helden der Dreyfus-Kampagne erscheinen als zudringliche Gespenster, mit denen man nicht schnell genug aufräumen kann.

Zola, der „große Arbeiter der Gerechtigkeit“, „der Stolz Frankreichs und des Menschentums“, der Mann des donnernden „J'accuse!“ (Ich klage an!), erlässt einen Protest gegen die Amnestie, er will nach wie vor „die ganze Wahrheit und das volle Licht“, er klagt wieder an. Welche Verblendung! Sieht er denn nicht, ruft Jaurès, dass es schon „genug Licht“ gibt, damit alle Geister davon durchdrungen werden können? Mag Zola sich für seine vereitelte Rechtfertigung vor dem Gerichtshof damit trösten, dass ihn „der große Richter, die ganze Menschheit“ glorifiziert, und uns mit seinem ewigen „J'accuse!“ nunmehr in Ruhe lassen. „Nur keine Klagen, keine leeren Wiederholungen!“ (Petite République vom 24. Dezember 1900) „Die republikanische Gesamtarbeit“ ist die Hauptsache.

Der heldenmütige Picquart, „die Ehre und der Schmuck der französischen Armee“, der „reine Ritter der Wahrheit und Gerechtigkeit“, weist die ihm in Aussicht gestellte Zurückberufung in die Armee zusammen mit der Amnestie als eine Beleidigung zurück — welche Anmaßung! Erweist ihm denn die Regierung mit der beabsichtigten Zurückberufung in die Armee nicht „die eklatanteste Genugtuung“? Freilich, es kommt Picquart auf die gerichtliche Feststellung der Wahrheit an, aber mag Freund Picquart doch nicht vergessen, dass die Wahrheit nicht bloß ihn, den Obersten Picquart, sondern die „ganze Menschheit“ angeht, dass in der Menschheit im ganzen seine, Picquarts, Angelegenheit nur eine winzige Rolle spielt. „In der Tat, in unserem Drange nach der Gerechtigkeit können wir uns nicht auf individuelle Fälle beschränken.“ (Gérault-Richard, Petite République vom 30. Dezember 1900.) „Die republikanische Gesamtarbeit“ ist die Hauptsache.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Dreyfus, dieses „Stück des menschlichen Leidens in seiner höchsten Pein“, diese „Verkörperung der Menschheit selbst auf dem Gipfel des Unglücks und der Verzweiflung“ (Jaurès, *Petite République* vom 10. August 1898), Dreyfus wehrt sich verzweifelt gegen die Amnestie, die ihm die letzte Hoffnung auf eine Rehabilitierung abschneidet — welche Unersättlichkeit! Leiden denn seine Henker nicht bereits genug? Esterhazy schleppt sich „zerlumpt und verhungert“ durch die Straßen Londons, Boisdeffre hat aus dem Generalstab „fliehen müssen“, Gonse ist außer der Front und geht „niedergeschlagen umher“, de Pellieux ist „in Ungnade gestorben“, Henry „hat sich die Gurgel abschneiden müssen“, Du Paty de Clam „ist außer Dienst“, was will man mehr? Sind die eigenen Gewissensbisse der Verbrecher nicht Strafe genug für sie? Und: wenn Dreyfus sich mit diesen Schicksalsschlägen nicht zufriedengibt, sondern sich partout auf eine Bestrafung durch menschliche Gerichte versteift — nur Geduld! „Einst wird die Strafe die Elenden schon ereilen.“ (Jaurès, *Petite République* vom 5. Januar 1901.) Einst! — Jetzt aber muss der gute Dreyfus wohl einsehen, dass es wichtigere Fragen in der Welt gibt als seine „nutzlosen und ermüdenden Prozesse“. (Jaurès, *Petite République* vom 5. Januar 1901.) „Wir haben Besseres aus der Affäre Dreyfus zu gewinnen als diese Aufregungen und diese Racheakte.“ (Gérault-Richard, *Petite République* vom 15. Dezember 1900.) „Die republikanische Gesamtarbeit“ ist die Hauptsache.

Noch ein Schritt weiter, und auch die Kritik an der Regierungspolitik, der die Dreyfus-Kampagne zum Opfer gebracht wurde, erscheint als ein frivoles Spielen mit der Regierung der „republikanischen Verteidigung“.

Im eigenen Lager Jaurès' erheben sich nach und nach Stimmen der Ernüchterung über die Aktion des Kabinetts zur „Demokratisierung der Armee“ und zur „Laizierung der Republik“ — welcher Leichtsinns! Wie gefährlich, „systematisch und mit nervöser Ungeduld (nach achtzehn Monaten! — R. L.) die ersten Errungenschaften der gemeinsamen Anstrengungen anzuschwärzen!“ „Wozu das Proletariat entmutigen?“ (Jaurès, *Petite République* vom 5. Januar 1901.) Die Regierungsvorlage über die Kongregationen sollte eine Kapitulation vor der Kirche sein? Das können nur „Dilettanten und Virtuosen“ behaupten. Tatsächlich ist sie „die größte Schlacht zwischen der Kirche und der bürgerlichen Gesellschaft, die seit den Gesetzen über die Weltlichkeit der Schule geschlagen worden ist“. (Jaurès, *Petite République* vom 12. Januar 1901.)

Und im allgemeinen, wenn die Regierung ein Fiasko nach dem anderen einsteckt, bleibt denn dafür nicht „die Sicherheit künftiger Siege“ zum Trost? (*Petite République* vom 5. Januar.) Auf einzelne Gesetze kommt es ja nicht an, die „republikanische Gesamtarbeit“ ist die Hauptsache.

Was ist aber nach all den Verschiebungen die „republikanische Gesamtarbeit“? Sie ist nicht mehr die Liquidierung der Dreyfus-Affäre, nicht die Reorganisation der Armee, nicht die Unterwerfung der Kirche. Sobald der Sturz des Ministeriums droht, wird alles preisgegeben, und es genügt, dass die Regierung bei einer beliebigen Maßnahme die Vertrauensfrage stellt, um Jaurès und seine Freunde unter ihr Joch zu beugen. Früher war die Rettung der Republik durch die Verteidigungsaktion der Regierung erforderlich, heute — die Rettung der Regierung durch die Preisgabe der Verteidigung der Republik. Die „republikanische Gesamtarbeit“, das ist heute die Sammlung aller republikanischen Kräfte zur Erhaltung des Ministeriums Waldeck-Millerand am Ruder.

Die Haltung der Gruppe Jaurès gegenüber der Politik der heutigen Regierung steht freilich einerseits zu ihrer Haltung in der Dreyfus-Affäre in schroffem Gegensatz. Andererseits bildet sie aber nur ihre direkte Fortsetzung. Es ist nämlich dasselbe Prinzip der Vereinigung mit der bürgerlichen Demokratie, das vor zwei Jahren dem rücksichtslosen Kampf der Sozialisten um die endgültige Lösung der Dreyfus-Affäre zur Grundlage gedient hat und das sie heute dazu bringt, weil die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe im Stiche lässt, auch ihrerseits die Liquidierung der Affäre und die gründliche Reformierung der Armee und des Verhältnisses der Republik zur Kirche preiszugeben.

Es beweist dies, dass in der Jaurèschen Taktik nicht die selbständigen politischen Bestrebungen der sozialistischen Partei das bleibende, grundlegende Element und die Vereinigung mit den Radikalen das wechselnde, beiläufige ist, sondern dass umgekehrt die Allianz mit den bürgerlichen Demokraten das konstante, feste

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Element bildet und die jeweiligen politischen Bestrebungen das zufällige Ergebnis davon sind. Schon in der Dreyfus-Kampagne hat der Jaurèsistische Flügel die Demarkationslinie zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Lager nicht einzuhalten gewusst. Wenn es sich für die bürgerlichen Dreyfus-Freunde lediglich um die Abstellung der Auswüchse des Militarismus, um die Unterdrückung der Korruption in der Armee, um ihre Sanierung handelte, musste sich der Kampf der Sozialisten gegen die Wurzel des Übels, gegen die ständige Armee selbst richten. Und stand für die Radikalen die Rechtfertigung des Dreyfus und die Bestrafung der Schuldigen dieses einzelnen Falles im Mittelpunkt der Agitation, so konnte die Angelegenheit Dreyfus für die Sozialisten nur den Angriffspunkt zu einer Agitation für das Milizheer abgeben. Nur in diesem Falle hätten die Dreyfus-Krise und die bewundernswürdigen Opfer Jaurès' und seiner Freunde dabei agitatorisch dem Sozialismus die enormen Dienste geleistet, die sie hätten leisten können. Tatsächlich hielt sich aber die Agitation des sozialistischen Lagers im großen und ganzen, abgesehen von einzelnen Äußerungen, die auf die Natur der Affäre tiefer eingingen, in denselben Bahnen wie die der bürgerlichen Revisionisten. Bereits hier waren die Sozialisten, trotzdem sie an Ausdauer, Kraftaufwand und Glanz ihrer Kampagne das bürgerliche Lager weitaus übertrafen, politisch nicht der weitergehende, der leitende Teil, sondern die Mit- und Nachläufer der Radikalen. Mit dem Eintritt Millerands in das radikale Ministerium haben sie sich vollends auf den Boden ihrer bürgerlichen Alliierten begeben.

Worin sich die sozialistische Politik von der bürgerlichen unterscheidet, ist der Umstand, dass die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind. Die vornehmste Aufgabe der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialisten, die Aufklärung der Arbeiterklasse, findet vor allem in der systematischen Kritik der herrschenden Politik ihre Lösung. Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.

Ohne die Möglichkeit, der eigenen Politik die direkte Sanktion der parlamentarischen Mehrheit zu geben, sind die Sozialisten darauf angewiesen, der bürgerlichen Mehrheit in stetem Kampfe Konzessionen zu entreißen. Dies erreichen sie aber durch ihre oppositionelle Kritik auf dreierlei Wegen: indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärtsdrängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer achtunggebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen.

Die um Jaurès gruppierten französischen Sozialisten haben sich mit dem Eintritt Millerands alle drei Wege verschlossen.

Vor allem ist für sie eine rückhaltlose Kritik der Regierungspolitik unmöglich geworden. Wollten sie ihre Schwäche, ihre Halbheiten, ihre Feigheit geißeln, so würden die Hiebe auf ihren eigenen Rücken zurückfallen. Denn ist das republikanische Wirken der Regierung ein Fiasko, dann entsteht sofort die Frage, welche Rolle ein Sozialist in dieser Regierung spielt. Um also die Ministerschaft Millerands nicht zu kompromittieren, sehen sich Jaurès und seine Freunde gezwungen, über alles zu schweigen, was der Arbeitermasse über die Mängel der herrschenden Politik die Augen öffnen könnte. Tatsächlich ist seit dem Bestehen des Kabinetts Waldeck-Millerand aus dem Organ des rechten sozialistischen Flügels, der „Petite République“, alle Kritik der Regierungstätigkeit verschwunden, und jeder Versuch einer solchen Kritik wird von Jaurès augenblicklich als „Nervosität“, „Pessimismus“, „Übertreibung“ zu Boden geschlagen. Die erste Konsequenz der sozialistischen Ministerschaft ist also der Verzicht auf die oberste Aufgabe der Tätigkeit der Sozialdemokratie im allgemeinen und ihrer parlamentarischen Tätigkeit im besonderen: die politische Aufklärung und Erziehung der Massen.

Ferner aber haben die Anhänger Millerands auch dort, wo sie an der Regierungstätigkeit Kritik üben, ihr jede praktische Bedeutung benommen. Ihr Verhalten zu der Amnestievorlage hat gezeigt, dass ihnen, um die Regierung am Ruder zu erhalten, kein Opfer zu groß ist, dass sie auf jeden Fall im voraus entschlossen sind,

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

sobald die Regierung ihnen mit der Vertrauensfrage die Pistole auf die Brust setzt, sie mit ihren Stimmen zu unterstützen. Und damit haben sie sich der Regierung ausgeliefert.

Allerdings sind die Sozialisten in einem parlamentarisch regierten Lande in ihrem Verhalten nicht so frei wie z. B. im deutschen Reichstag, wo sie ihrer oppositionellen Haltung rücksichtslos durch das Misstrauensvotum für die Regierung jederzeit unzweideutigen Ausdruck geben können. Aus Rücksichten auf das „geringere Übel“ sehen sich die französischen Sozialisten im Gegenteil häufig gezwungen, eine bürgerliche Regierung mit ihren Stimmen vor dem Sturze zu bewahren. Aber gerade durch das parlamentarische Regime gewinnen die Sozialisten andererseits in ihrem Votum eine scharfe Waffe, die sie der Regierung wie ein Damoklesschwert über dem Haupte halten und womit sie ihrer Kritik und ihren Forderungen Nachdruck verleihen können. Indem Jaurès und seine Freunde sich durch die Ministerschaft Millerands von der Regierung abhängig gemacht haben, haben sie die Regierung von sich unabhängig gemacht; indem sie sich des Mittels begeben haben, durch das Gespenst der Ministerkrise das Kabinett zu Konzessionen zu bewegen, haben sie umgekehrt die Ministerkrise zum Damoklesschwert für sich gemacht, mit dem das Kabinett jederzeit ihre Nachgiebigkeit erzwingen kann.

Ein glänzendes Beispiel dieser Lage des gefesselten Prometheus, in die sich die Gruppe Jaurès selbst versetzt hat, zeigen die gegenwärtigen Verhandlungen über das Assoziationsgesetz. Freilich hat der Freund Jaurès, Viviani, in einer glänzenden Kammerrede die Regierungsvorlage über die Kongregationen zerzaust und ihr die wahre Lösung der Aufgabe gegenübergestellt. Wenn aber Jaurès nach dieser Rede am anderen Tage nebst den überschwänglichsten Lobsprüchen auf sie der Regierung selbst die Antwort in den Mund legt, mit der sie diese Kritik ablehnen soll,* wenn er noch vor der Eröffnung der Debatten, vor jedem Versuch, die Regierungsvorlage zu bessern, an die Sozialisten und Radikalen die Losung ausgibt, um jeden Preis die Annahme der Regierungsvorlage zu sichern, so ist damit der ganze politische Effekt der Kundgebung Vivianis vernichtet.

Die Ministerschaft Millerands verwandelt — dies ihre zweite Konsequenz — die sozialistischen Kritiken seiner Freunde in der Kammer in leere Parastücke, in Schaustellungen der „weiten Horizonte“ des Sozialismus ohne jeden Einfluss auf die praktische Politik der Regierung.

Endlich zeigt sich auch das Weitertreiben der bürgerlichen Parteien durch die Sozialisten in dieser Lage als ein schöner Traum.

Zur Sicherung des Fortbestandes der Regierung erscheint es für die Anhänger Millerands notwendig, das innigste Zusammenhalten mit den anderen Gruppen der Linken zu beobachten. Da es ihnen aber dabei nicht auf das jedesmalige Erzielen eines politischen Effekts, sondern auf die Treue der vereinigten Linken gegenüber dem Kabinett ankommt, so sehen sie sich gezwungen, nicht die sie von den anderen bürgerlichen Gruppen trennenden Momente, sondern umgekehrt die gemeinsamen Momente herauszukehren. In dem allgemeinen „republikanischen“ Brei der Linken, den zusammenzuhalten der leitende Gedanke Jaurès' ist, verschwindet seine Gruppe vollkommen.

Im Dienste Millerands spielen seine sozialistischen Freunde gegenwärtig die Rolle von bürgerlichen Radikalen.

Ja, umgekehrt, in der heutigen republikanischen Mehrheit sind die Radikalen das weitergehende, das oppositionelle, die Sozialisten des rechten Flügels das gemäßigte, gouvernementale Element.

Es waren die Radikalen d'Octon und Pelletan, die in der Kammersitzung vom 7. Dezember v. J. die parlamentarische Untersuchung der Kolonialgreuel mit aller Schärfe forderten, während sich vom rechten Flügel der Sozialisten zwei Abgeordnete gefunden haben, die gegen die Enquete stimmten. — Es war der Radikale Vazeille, der sich dem Ersticken der Dreyfus-Affäre durch die Amnestie widersetzte, während die Sozialisten schließlich gegen Vazeille stimmten. Es ist endlich der sozialistische Radikale Pelletan, der den Sozialisten in der „Dépêche“ (Toulouse) vom 29. Dezember folgende Lehre erteilt:

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

„Es handelt sich darum, zu wissen, ob eine Regierung dazu da ist, um den Ideen der sie unterstützenden Partei zu dienen oder aber um die Partei zum Verrat an ihren Ideen zu verleiten. O, die Männer, die wir am Ruder halten, verwöhnen uns nicht. Außer zwei oder drei Ministern regieren alle ungefähr so, wie es ein Kabinett Méline tun könnte. Und die Parteien, die in ihrem eigenen Interesse das Ministerium warnen und ihm den Rücken steifen sollten, liegen vor ihm auf dem Bauche. Ich meinerseits gehöre zu denen, die es als ausgezeichnet erachteten, dass die kollektivistische (sozialistische — R. L.) Partei sich nicht durch die Taktik eines systematischen Kampfes isoliert, sondern dass einer von den Ihrigen zur Macht gelangt. Jawohl, ich erachtete den Gedanken als vorzüglich. Aber zu welchem Zweck? Damit die fortschrittliche Politik im Kabinett eine Kraft und eine Garantie mehr gewinnt, und nicht damit die schlimmsten Unterlassungen im Kabinett eine Geisel gewinnen, deren Name genügt, um die Irreleitung der sozialistischen Stimmen herbeizuführen. — Heute ist Waldeck-Rousseau nicht der Alliierte, wie wir es wünschten, sondern der Lenker des Gewissens der fortschrittlichen Parteien. Und er führt sie, wie mir scheint, etwas zu weit ab. Es genügt ihm, den Popanz der Ministerkrise aus der Tasche zu ziehen, um sich Gehorsam zu verschaffen. Passen Sie auf: Die Politik des Landes verliert manches, wenn man aus den Unsrigen und den Euren eine neue Kategorie von Unteropportunisten gemacht haben wird.“

Sozialisten, die kleinbürgerliche Demokraten von der oppositionellen Haltung abzubringen suchen, und bürgerliche Demokraten, die die Sozialisten des Bauchrutschens vor der Regierung und des Verrats an den eigenen Ideen zeihen — das ist die tiefste Erniedrigung, die von dem Sozialismus je erreicht wurde, und zugleich die letzte Konsequenz der sozialistischen Ministerschaft.

So hat sich die Taktik Jaurès', die durch die Aufopferung der oppositionellen Haltung praktische Erfolge erzielen wollte, als die unpraktischste der Welt erwiesen.

Statt den Einfluss der Sozialisten auf die Regierung und das bürgerliche Parlament zu vergrößern, hat sie die Sozialisten zum willenlosen Werkzeug der Regierung und zum passiven Anhängsel des radikalen Kleinbürgertums gemacht. Statt der fortschrittlichen Politik in der Kammer einen neuen Antrieb zu geben, hat sie mit der Opposition der Sozialisten das einzige treibende Moment beseitigt, das Parlament und Regierung noch zu einer entschiedenen und mutigen Politik hätte bringen können.

Und dies ist ihr größter Fehler. Das Fiasko der von Waldeck-Millerand erhofften republikanischen Verteidigungsaktion ist nicht eine zufällige Erscheinung, sondern ein logisches Ergebnis sowohl der Ohnmacht, in der sich der Radikalismus in der Kammer von vornherein befand, wie der Ohnmacht, zu der sich obendrein die Sozialisten durch den Anteil an der radikalen Regierung selbst verurteilt haben.

Wenn für einen Unbefangenen die klägliche „Aktion“ der Regierung Waldeck-Rousseau das traurige Ende ihrer „republikanischen“ Mission bedeutet, so ist sie für Jaurès bei all der Schwäche, die er unter dem Druck der Kritiken in den eigenen Reihen nicht völlig abzuleugnen vermag, der erfreuliche Anfang einer großen Ära der demokratischen Renaissance in Frankreich, basiert auf der festen Allianz des Sozialismus mit der kleinbürgerlichen Demokratie.

„Deshalb eben“, schreibt Jaurès, „ist die Bildung einer noch so schüchternen Majorität der Linken zur festen Unterstützung einer noch so schwankenden und schwachen Regierung der Linken in meinen Augen eine Tatsache von der höchsten Wichtigkeit. Das ist nach mir ein unförmliches, aber notwendiges Rudiment des legislativen und administrativen Organismus, der nächstens den Gang unserer Gesellschaft zur Verwirklichung der höchsten von uns erstrebten Gleichheit führen wird.“ (Petite République vom 8. Januar 1901.)

Der weite Ausblick auf diese kommende Epoche des politischen Kondominiums des sozialistischen Proletariats mit dem radikalen Kleinbürgertum ist es, um deswillen in letzter Linie die Aufrechterhaltung der Regierung Waldeck-Millerand unter Preisgabe der unmittelbaren politischen Ziele, die Aufrechterhaltung der Allianz mit der bürgerlichen Linken unter Hintansetzung der selbständigen sozialistischen Opposition notwendig erscheint. Allein, Jaurès hat bei seiner großangelegten Konstruktion außer acht gelassen, dass der kleinbürger-

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

liche Radikalismus, den er heute durch die sozialistische Unterstützung zur politischen Herrschaft führen will, bereits längst und gerade durch eine Taktik zusammengebrochen ist, die verhängnisvolle Ähnlichkeit mit der heutigen Jaurèsschen hat.

Die Grundlage der politischen Rolle des Kleinbürgertums in Frankreich seit der großen Revolution war das republikanische Programm. Solange die Großbourgeoisie sich hinter der Monarchie verschanzte, konnte das Kleinbürgertum als der Führer der Volksmasse auftreten, denn auch der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie war in hohem Masse in die Form des Gegensatzes zwischen Republik und Monarchie gekleidet und bildete das feste Rückgrat der kleinbürgerlichen Opposition.

Mit der Entwicklung der Dritten Republik haben sich die Verhältnisse geändert. Indem das Gros der Bourgeoisie aus einem Feinde der Republik zu ihrem Träger wurde und die Hauptpunkte des kleinbürgerlichen Programms: die republikanische Staatsform, die „Souveränität des Volkes“ durch das parlamentarische Regime, die Presse-, Vereins- und Gewissensfreiheit, verwirklicht waren, war der politischen Rolle des Kleinbürgertums der Boden entzogen und ihrem Gegensatz zur Bourgeoisie die Spitze abgebrochen. Für das „radikale“ Programm blieben nur noch untergeordnete Akzessorien zur Ausschmückung der bürgerlichen Republik übrig: progressives Steuersystem, Reform des Volksunterrichts, Kampf mit dem Klerikalismus.

Während aber der politische Gegensatz zwischen dem Kleinbürgertum und der Bourgeoisie schwand, entwickelte sich der soziale zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Zu gleicher Zeit mit der Seele seines Programms verlor das Kleinbürgertum einen großen Teil seiner Anhängerschaft. Das Proletariat trat als eine selbständige Partei in schroffstem Gegensatz sowohl zum Radikalismus wie zum Opportunismus auf, und im Radikalismus selbst vollzog sich eine innere Differenzierung. Während ein Teil seiner Anhänger sich durch wesentlichste Interessen an die herrschende Bourgeoisie herangezogen fühlt, sieht sich ein anderer gezwungen, eine sozialistische Färbung anzunehmen.

Der „reine“ Radikalismus, auf diese Weise in der opportunistischen Republik auf eine schwache Zwischenpartei reduziert, konnte, um sein politisches Programm durchzusetzen, nur eines von beiden wählen: entweder sich in der Kammer auf die Opposition beschränken und ihr durch den außerparlamentarischen Einfluss der Massen Nachdruck verleihen oder aber sich nur auf parlamentarische Kombinationen und auf die Aussicht stützen, neben der opportunistischen Bourgeoisie zur Herrschaft zu gelangen.

Das erstere, neben der sozialistischen Arbeiterpartei die Anhängerschaft der Volksmassen wiederzugewinnen, war für den Radikalismus doppelt unmöglich. Nicht nur konnte er den Arbeitern wenig bieten. Bei der Vorherrschaft und der verhältnismäßigen Stabilität des Kleingewerbes in Frankreich mussten auch die sozialen Bestrebungen des Proletariats das Kleinbürgertum hier mehr als in irgendeinem Lande abschrecken. Indem der Radikalismus aber bei seinem dürftigen politischen Programm verharrte, verwies er sich selbst auf den ausschließlichen Weg der parlamentarischen Mitherrschaft mit der opportunistischen Bourgeoisie. Und hier begann sein Zusammenbruch.

In gewöhnlichen Zeiten neben dem Opportunismus in den „gemischten“ Regierungen zu der Rolle eines passiven Mitschuldigen verurteilt, gelingt es ihm von Zeit zu Zeit, sich als unentbehrlich aufzuspielen, nämlich jedesmal, wenn sich die opportunistische Bourgeoisie durch einen Skandal kompromittiert und die Republik eine Krise durchlebt. Der Radikalismus findet dann die Möglichkeit, wieder seinen alten Programmlappen der „Verteidigung der Republik“ hervorzuholen und für einige Zeit ans Ruder zu gelangen. Hier stellt sich aber regelmäßig die Tatsache heraus, die vorher auf der Hand lag und aus der er nur die Schlüsse zu ziehen unterließ, nämlich dass der Radikalismus zur Durchführung seiner radikalen Reformen in der Kammer tatsächlich keine Mehrheit besitzt.

Um zu regieren, um sich am Ruder zu erhalten, ist er deshalb gezwungen, sein eigenes Programm im Stiche zu lassen und entweder unter einer Scheintätigkeit das Nichtstun zu verbergen oder aber direkt opportunistische Politik zu treiben. In beiden Fällen beweist er aber bald der Kammer seine Überflüssigkeit, dem Lande

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

seine Unzuverlässigkeit, und so wird er immer mehr zum ohnmächtigen Anhängsel der opportunistischen Bourgeoisie.

Die Aktion des Kabinetts Waldeck-Rousseau ist ein getreues Spiegelbild dieser radikalen Politik. Wenn man nämlich die heutige „vereinigte Linke“, auf die Jaurès die ganze gegenwärtige Politik des Sozialismus aufbauen will, als eine kompakte politische Gruppe auffasst, die sich zur Sanierung und Reformierung der Republik zusammengetan hat, so liegt darin die gleiche Überschätzung wie in jener Auffassung, wonach das nationalistiche Lager eine kompakte Masse mit ernstesten monarchistischen Bestrebungen darstellt.

Ganz im Gegenteil sehen wir hier die verschiedenartigsten Elemente, die alle Schattierungen vom Sozialismus bis zur Reaktion repräsentieren — der äußerste rechte Flügel, die Progressisten der Gruppe Isembère streifen schon mit dem Ärmel die Schutztruppen Mélines. Innerlich zersplittert, hat sich die heutige Linke nur in dem gemeinsamen Bedürfnis nach der Herstellung der äußeren Ruhe und Ordnung zusammengefunden. Ist diese Aufgabe erfüllt — und das famose Amnestiegesetz erscheint unter den gegebenen Verhältnissen als ihre klassische Lösung —, so tritt das bindende Interesse in den Hintergrund, die Linke zerfällt, und die Regierung der republikanischen Rettung hängt in der Luft. Die Tatsache, dass in derselben Kammer das Kabinett Méline im Anfang eine Mehrheit hatte, beweist, dass die heutige Mehrheit nur eine vorübergehende ist. Und die neuliche Wahl Deschanel zum Kammerpräsidenten, die nur durch den Verrat eines Teiles der Linken an dem eigenen Kandidaten Brisson möglich war, zeigt, dass der Zerfall der Linken nur noch eine Frage der Zeit ist.

Aus dieser Lage ergibt sich ganz logisch das Verhalten des Kabinetts Waldeck-Rousseau. Ohne die Möglichkeit, irgendeine durchgreifende Aktion vorzunehmen, sieht es sich notgedrungen darauf beschränkt, die in der Krise zugespitzten Gegensätze durch eine Reihe von Kapitulationen abzustumpfen und so, getreu den Traditionen des Radikalismus, wieder einmal durch die Übernahme der Regierungsgewalt ohne die Voraussetzungen zur Durchführung des eigenen Programms zum Verräter am eigenen Programm zu werden.

Die Regierung Waldeck-Millerand ist also nicht, wie Jaurès annimmt, der Anfang einer neuen Ära der Herrschaft der Demokratie auf Grundlage der radikal-sozialistischen Allianz. Sie ist vielmehr die Fortsetzung der früheren Geschichte des radikalen Kleinbürgertums, das berufen ist, nicht das eigene demokratische Programm zu verwirklichen, sondern durch periodische Wegräumung des von der opportunistischen Bourgeoisie aufgehäuften politischen Schmutzes für die normale Fortexistenz der bürgerlichen Reaktion in republikanischer Form zu sorgen. Die mit dem Ministerium Waldeck-Rousseau eröffnete neue Ära besteht lediglich darin, dass zum erstenmal an dieser historischen Mission der kleinbürgerlichen Demokratie der Sozialismus teilnimmt, indem er, in der Illusion, dem sozialistischen Programm zu dienen, tatsächlich in derselben Weise dem Radikalismus Vorspanndienste leistet, wie dieser, in der Illusion, das Programm der Demokratie zu verwirklichen, der opportunistischen Bourgeoisie stets Vorspanndienste geleistet hat.

Die Jaurèssche Taktik ist also auf Sand gebaut. Die Auferstehung der kleinbürgerlichen Demokratie, der die Teilnahme Millerands an der Regierung dienen sollte, der die sozialistische Opposition in der Kammer zum Opfer gebracht wurde, erweist sich als ein Phantom. Umgekehrt, indem Jaurès das sozialistische Proletariat an den Leichnam des kleinbürgerlichen Radikalismus gekettet hat, hat er die einzige lebendige Kraft lahmgelegt, die in Frankreich die Republik und die Demokratie verteidigen konnte.

IV

Die Sozialreformen Millerands

Als zweiter Grund für die Teilnahme Millerands an der Regierung wird neben der „republikanischen Verteidigungsaktion“ des Ministeriums Waldeck-Rousseau die sozialreformerische Tätigkeit Millerands angeführt.

Für kein anderes Land ist in der Tat die Renovierung und Modernisierung der Sozialpolitik eine so dringende Notwendigkeit wie für Frankreich. Nachdem die ersten entschiedenen Schritte der Revolution von 1848 (der

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

allgemeine gesetzliche Arbeitstag von elf, für Paris zehn Stunden und das Verbot der Marchandage — der Vergabung der Arbeiten an Zwischenunternehmer) nach der Niederwerfung der Arbeiterschaft wieder zunichte gemacht wurden, wird die Arbeiterschutzgesetzgebung, obwohl schon in den vierziger Jahren fürchterliche Ergebnisse der „ursprünglichen Akkumulation“ des Kapitalismus von bürgerlichen Sozialpolitikern aufgedeckt waren, erst in der Mitte der siebziger Jahre aufgenommen. Seitdem beginnt die merkwürdige, in allen Ländern ihresgleichen suchende sozialreformerische Arbeit der Dritten Republik. Jahrelang wandert jede Gesetzesvorlage durch verschiedene vorbereitende und beratende Kommissionen, wird von der Kammer dem Senat und vom Senat wieder der Kammer zugeworfen, hier angenommen, um dort abgelehnt, dort akzeptiert, um hier verworfen zu werden. Nachdem endlich durch beiderseitiges Beschneiden,

Korrigieren, Umändern ein Machwerk zustande gebracht wird, das den Segen der Kammer wie des Senats erlangt, erweist es sich vom ersten Augenblick an, wo es ins Leben tritt, als eine Monstrosität. Bereits am anderen Tage beginnen deshalb Vorbereitungen zur Umarbeitung des Gesetzes, die ihrerseits nach einem weiteren Jahrzehnt eine neue sozialreformerische Totgeburt in die Welt setzen usw. Das erste Gesetz der Republik, der Schutz der Frauen- und Kinderarbeit vom Jahre 1874, zeigt sofort seine Unbrauchbarkeit und wird nach vieljährigen, 1883 beginnenden Vorbereitungen durch das Gesetz vom Jahre 1892 verbessert. Letzteres macht aber bereits 1894 eine neue Vorlage im Senat und weitere, bis zum Jahre 1900 dauernde vorbereitende Umarbeitungen notwendig.

Das erste Gesetz über den Gesundheitsschutz der Arbeiter wurde, nach siebenjähriger Umarbeitung der Regierungsvorlage, im Jahre 1893 fertiggebracht. Die Sicherstellung des Arbeitslohns ist erst 1895 gesetzlich geregelt worden. Das erste allgemeine Unfallversicherungsgesetz ist 1898 nach zwanzigjähriger Vorbereitung zustande gekommen. Endlich ist ein Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, das seit fünfundzwanzig Jahren „vorbereitet“ wird und bereits zehn verschiedene Vorlagen erlebt hat, bis heute noch nicht reif geworden.

Neben dem endlosen, dilettantischen Herumstümpfern an den Reformgesetzen — und ihrer angeborenen Untauglichkeit ist ihre höchst mangelhafte Anwendung für Frankreich charakteristisch. Der zur Überwachung geschaffene plumpe bürokratische Apparat: die Departemental-, Lokal-Kinderschutzkommissionen etc., sind zum Teile nicht einmal ins Leben getreten. Die Fabrikinspektion ist erst 1892 dem Gutdünken der departementalen Generalräte entzogen und von Staats wegen umgestaltet worden. Zu der Gleichgültigkeit und Unerfahrenheit der Inspektoren und der Unbrauchbarkeit der kollegialen Aufsichtsbehörden treten aber noch die offene Unternehmerfreundlichkeit der Administrationsorgane und der Gerichte sowie die beispiellose sozialpolitische Rückständigkeit der öffentlichen Meinung hinzu. Es genügt zur Kennzeichnung der französischen Bourgeoisie in dieser Hinsicht der Hinweis darauf, dass sich noch 1888 in der Kammer 171 Stimmen für gänzliche Wiederabschaffung der 1874 kaum im Keime geschaffenen Fabrikinspektion erklärten und dass noch 1891 ein Vorschlag gemacht wurde, mit der Fabrikaufsicht in den ländlichen Distrikten — die Feldhüter zu betrauen. Neben der alten englischen, neben der deutschen, der schweizerischen, der österreichischen Sozialpolitik steht die verknöcherte französische als ein Unikum da.

Auf diesem Gebiet eine rege Tätigkeit zu entfalten, hatte das Kabinett Waldeck-Rousseau mehr als einen Grund. Der französische Radikalismus, der in sozialpolitischem Chinesentum die opportunistische Politik noch übertrumpft, hatte sich durch sein bisheriges Verhalten in den Augen der Arbeiterschaft vollends kompromittiert. Die Rücksichten auf die proletarische Unterstützung waren um so dringender, als die eigenen Kerntruppen des Radikalismus, das Pariser Kleinbürgertum, sich in der ganzen Dreyfus-Krise und wieder bei den Wahlen zum Gemeinderat als höchst unsichere Kantonisten erwiesen hatten.

Aber das ausschlaggebende Moment lag in der eigentümlichen Situation des jetzigen Ministeriums. Das Kabinett Waldeck-Rousseau war wie seine radikalen Vorgänger auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen, und es trat wie seine Vorgänger mit dem Verrat an den politischen Bestrebungen und Hoffnungen der Sozialisten als seinem eigentlichen politischen Programm auf die Bühne.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Niemals früher waren aber die Sozialisten in dem Masse an der politischen Tätigkeit der Regierung unmittelbar interessiert, niemals war die Aufmerksamkeit und die Wachsamkeit der Arbeiterklasse ihr gegenüber so geschärft gewesen wie nach der Dreyfus-Krise, als deren unmittelbares Ergebnis die Regierung Waldeck-Rousseau erschien und während der ein großer Teil der Sozialisten eine hervorragende Rolle in der Tagespolitik des Landes gespielt hatte. Niemals ist deshalb die Impotenz des Radikalismus in so schroffen Gegensatz zu den Erwartungen der sozialistischen Arbeiterschaft getreten wie während des Ministeriums Waldeck-Rousseau. Das achtzehnmonatige Nichtstun und das darauf folgende Amnestiegesetz hätten nach der allgemeinen Spannung und Aufregung der zweijährigen Dreyfus-Krise sogar die erprobte Langmut der Sozialisten erschöpfen können. Die Festhaltung der sozialistischen Unterstützung war also diesmal für die radikale Regierung eine viel schwierigere Aufgabe als in den früheren Fällen. Irgend etwas musste der Arbeiterschaft im voraus als Entgelt für ihre Enttäuschungen unbedingt geboten werden. Und als dieses Entgelt ergaben sich von selbst die Sozialreformen.

Arbeiterfreundliche Gesetze waren für das Ministerium das einzige Mittel, das die Sozialisten veranlassen konnte, sich über sein politisches Fiasko hinwegzusetzen. Wären nicht die Reformen, womit die Arbeiterschaft geblendet und die Sozialisten in Atem gehalten wurden, so hätte sogar die Hypnose von Jaurès es nicht fertiggebracht, seine Truppen an die „republikanische Verteidigung“ des Kabinetts glauben zu machen. Erst die sozialreformerischen Gesetze und Dekrete haben eine Verwirrung des politischen Urteils in den sozialistischen Kreisen angerichtet, so dass man später ein „großes republikanisches Werk“ dort erblicken konnte, wo selbst bürgerliche Demokraten nur Verrat und Schmach sehen. Die Amnestie und die Vorlage über die Kongregationen durften sich erst nach dem Gesetz über den Arbeitstag und nach der Vorlage über die Erweiterung des Koalitionsrechtes ans Tageslicht wagen. Die Sozialreformen Millerands sicherten der politischen Kapitulation Waldeck-Rousseaus die Straflosigkeit. Die Arbeiterfreundlichkeit des Kabinetts war der Preis, womit die passive Mitschuld eines Teiles der Arbeiterklasse an dieser Kapitulation erkaufte wurde.

Es heißt also die innere Logik der ganzen politischen Situation verkennen, wenn man behauptet, der sozialistische Minister sei der eigentliche und alleinige Urheber der sonst undenkbaren sozialpolitischen Tätigkeit des radikalen Ministeriums. Ganz im Gegenteil, mag der Geist, der Charakter, der Umfang des sozialreformerischen Werkes auf Konto des einzelnen Ministers gesetzt werden — dieses Werk selbst war das Fundament, auf dem das Kabinett Waldeck-Rousseau angesichts seiner völligen Preisgabe der politischen Aufgaben seine parlamentarische Existenz begründet hat.

Auf den ersten Blick scheint die dargestellte Taktik des radikalen Ministeriums auf den Kopf gestellt. Um politische Interessen der Reaktion schonen zu können, entschloss es sich, ihre wirtschaftlichen Interessen zu opfern? Um die politischen Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie vertuschen zu können, will sie den sozialen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervorheben? Das Verkehrte dieser Taktik ist nur scheinbar. Die nähere Analyse der Millerandschen Sozialreform zeigt, dass sie in letzter Linie nicht eine Verleugnung, sondern eine direkte Fortsetzung der politischen Aktion des Kabinetts ist.

Es ist für alle wichtigsten sozialreformerischen Maßnahmen Millerands bezeichnend, dass sie gleichzeitig ebenso überschwengliche Begeisterung wie schroffe Ablehnung hervorgerufen haben, dass sie in Frankreich wie außerhalb Gegenstand der widersprechendsten Urteile geworden sind. Während sie auf der einen Seite als rein sozialistische Maßnahmen, als Vorboten der kommenden Herrschaft der Arbeiterklasse, als Marksteine einer neuen Ära der Sozialpolitik gefeiert werden, reißt man sie auf der anderen als Verrat an der Arbeiterklasse, zum mindesten als gänzlich verfehlte Versuche einer Sozialreform herunter.

Die Ursache davon ist eine einfache. Sie liegt nicht etwa, wie es ein oberflächlicher Beobachter schließen könnte, an dem grundsätzlich verschiedenen Verhältnis der Urteilenden zu der sozialistischen Ministerfrage, sondern an der Eigentümlichkeit der Millerandschen Maßnahmen selbst. Sie zeichnen sich nämlich alle durch eine innere Zwieschlächtigkeit, einen widerspruchsvollen Charakter aus, der namentlich auch für die drei im Mittelpunkt des Millerandschen Werkes wie des öffentlichen Interesses stehenden Maßnahmen bezeichnend ist: für das Gesetz über den Arbeitstag, die Vorlage über die Gewerkschaften und das Projekt des obligatorischen Streiks.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Frankreich, das sozialpolitisch hinter England, Deutschland, hinter der ganzen kapitalistischen Welt stehende Frankreich bekommt plötzlich in gemischten Betrieben den allgemeinen elfstündigen, in wenigen Jahren den zehnstündigen Arbeitstag! Mit einem Sprunge steht das klassische Land des sozialpolitischen Manchestertums an der Spitze des Fortschritts, die französische Arbeiterklasse, das Aschenbrödel von gestern, steht mit einem Male vor uns als stolze Prinzessin da. Es ist klar, dass ein solches Wunder nur der sozialistische Minister her- vorzaubern konnte.

Aber es gibt, wie Genosse Jaurès nach dem Amnestiegesetz philosophisch bemerkt hat, keine ungetrübten Siege in der Geschichte. Das Betrüben- de an dem epochemachenden Millerandschen Gesetz ist, dass der Zehnstudentag erst in vier Jahren nach seiner Veröffentlichung (am 1. April 1904) in Kraft tritt. Im Laufe von vier Jahren fließt viel Wasser die trübe Seine hinab, und viele französische Ministerien purzeln in den Lethe. Wenn die bisherigen Arbeiterschutzgesetze in Frankreich hauptsächlich zur Ausschmückung des „Journal officiel“ dienten, so lag das an dem vereinigten Widerstand des Unternehmertums, der Administrati- onsorgane und der Gerichte. Im bedauerlichen Gegensatz zu dem „Hinundherschweben“, dem „wechselnd Weben“, dem Eintagsfliegendasein der Ministerien, stellen alle diese Widerstandskräfte in Frankreich eine feste, unerschütterliche Mauer dar. Ein dem Kampfe der unbekannt- en künftigen Regierungen mit diesem Wall der sozialpolitischen Reaktion überlassenes Gesetz ist jedenfalls ein Wechsel auf eine Bank der Zukunft.

Jedoch der Pessimismus in bezug auf seine künftige Realisierung ist nicht der einzige Schatten, der auf das lichtvolle Gesetz Millerands fällt. Die Verkürzung der Arbeitszeit der Erwachsenen gegenwärtig auf elf und künftig auf zehn Stunden ist mit einem Opfer, mit der vorläufigen Verlängerung der Arbeitszeit der Kinder um eine Stunde, erkauf- t worden.

Es ist wahr, der 1892 festgesetzte zehnstündige Arbeitstag der Kinder wurde in der Praxis ebensowenig ein- gehalten wie die anderen Arbeiterschutzgesetze. Die schla- uen französischen Unternehmer hatten das Gesetz — wie ihre englischen Kollegen in den vierziger Jahren — mit der Einführung eines komplizierten Schichten- systems beantwortet, in dem die Arbeitshände nach dem Marxschen Ausdruck wie Karten untereinander gemischt wurden und die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes fast unmöglich war.

Wenn also nun der gesetzliche Arbeitstag der Kinder um eine Stunde verlängert wurde, so war das Opfer, wie uns die „Realpolitiker“ versicherten, nur ein imaginäres. Eine nur auf dem Papier existierende Mußstunde der Fabrik- kinder konnte man mit leichtem Herzen hingeben, um dafür die gesetzliche Verkürzung der Ar- beitszeit der Erwachsenen und die Ausgleichung ihrer Arbeitszeit mit der der Kinder einzutauschen, bei der allein — wenigstens nach der Versicherung Millerands — eine Beobachtung des Gesetzes über die Arbeits- dauer überhaupt möglich wird. In Wirklichkeit zeugt die Annahme gerade dieser Bestimmung des Gesetzes von einem sozialpolitischen Dilettantismus, wie ihn sogar die französische Gesetzgebung bis jetzt noch nie erreicht hat.

Die Fabrik- kinder und die Jugendlichen besonders zu schützen, ihre Arbeitszeit kürzer zu gestalten als die der Erwachsenen, das bildet den elementarsten Grundsatz der Arbeiterschutzgesetzgebung in allen kapitalisti- schen Ländern, das A B C jeder, auch der primitivsten bürgerlichen Sozialpolitik, die erste Forderung des einfa- chen gesunden Menschenverstandes, das direkte Ergebnis natürlicher Altersunterschiede, endlich die sicher- ste Maßnahme zur Beschränkung der Kinderzahl in den Fabriken. Indem das Gesetz Millerand die Arbeits- zeit der Kinder vorläufig um eine Stunde erhöht, opfert es nicht die materielle eine Stunde ihrer Ruhe, nicht die rein formelle gesetzliche Bestimmung, sondern etwas unendlich Wichtigeres: das Prinzip selbst des be- sonderen Kinderschutzes.

Nur bei der grob-mechanischen Auffassung der an Tauschgeschäfte gewöhnten „Realpolitik“ konnte die in Bälde bevorstehende Wiederherabsenkung der Arbeitszeit der Kinder auf die frühere absolute Höhe von 10 Stunden eine Kompensation für ihre zeitweise Erhöhung darstellen. Vom sozialpolitischen Standpunkt, von dem aus die Arbeitszeit der Kinder als eine relative, im Verhältnis zur Arbeit der Erwachsenen naturgemäß wechselnde Größe erscheint, ist die Zusammenkettung jetzt und in Zukunft der Arbeitszeit der Kinder und

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

der Jugendlichen mit der der Erwachsenen — eine sozialpolitische Monstrosität. Da das Heruntergehen unter die zehnstündige gesetzliche Arbeitsdauer für Erwachsene in absehbarer Zeit in Frankreich wie anderwärts nicht zu erwarten ist, so bedeutet die Neuerung praktisch nichts anderes als die Verurteilung 12- bis 16jähriger Proletarierkinder für Jahrzehnte hinaus zu einer zehnstündigen Zwangsarbeit im Dienste der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Geopferten sind aber außer den Kindern auch noch die Erwachsenen. Nicht nur bildet der besondere Schutz der Kinderarbeit in Wirklichkeit bei einigermaßen brauchbarer Inspektion kein Hindernis zur Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit. In allen Ländern werden diese Bestimmungen trotz der überall kürzeren Arbeitszeit der Kinder ausgeführt, und nur in der französischen Kammer durfte ein Minister das Gegenteil behaupten, ohne allgemeines Hohngelächter zur Antwort zu bekommen. Der besondere Kinderschutz spielt obendrein eine äußerst wichtige Rolle für den Schutz der Erwachsenen. Die Verkürzung der Kinderarbeit zieht nämlich, wie die Geschichte aller Industrieländer, vor allem Englands, zeigt, mechanisch auch die Beschränkung der Arbeit der Erwachsenen nach sich. Der vorausschreitende Kinderschutz funktioniert als Triebfeder der Entwicklung und des Fortschritts des Arbeiterschutzes im ganzen.

Indem Millerand also die Arbeitszeit der Kinder an die der Erwachsenen kettet und alle natürlichen Kategorien der Arbeiter mit einem kühnen bürokratischen Federstrich nivelliert, hat er die französische Arbeiterschutzgesetzgebung nicht nur sozialpolitisch hinter die aller anderen Länder geschoben, sondern sie gleich in den ersten Stadien ihrer Entwicklung in den Zustand der Starrheit versetzt. Ob und wie der allgemeine Minimalarbeitstag angewendet wird, die gleiche Arbeitsdauer für alle Kategorien der Arbeiter ist nun zur Regel für die französischen Industriebetriebe geworden. Der bevorstehende zehnstündige Arbeitstag für Erwachsene ist in seiner Ausführung das Ungewisse, mit der Richtung der jeweiligen Regierung und ihrer Organe Wechselnde, die Ausgleiche der Arbeit der Kinder mit der der Erwachsenen — das ist das Prinzipielle, das Bleibende der neuen Reform.*

Schon die erste der wichtigsten Millerandschen Maßnahmen zeigt uns also die Zwieschlächtigkeit seiner Reformarbeit in besonderem Lichte: Während er der Arbeiterschaft zweifelhafte und illusorische Errungenschaften gewährt, legt er ihr ganz zweifellose, handgreifliche Opfer auf. Und dasselbe finden wir auch in der zweiten wichtigen Vorlage Millerands, betreffend die Gewerkschaften, bestätigt.

Das im Jahre 1884 den Arbeitern gewährte Koalitionsrecht bleibt bis heute ohne jeden gesetzlichen Schutz. Der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert, sind die organisierten Arbeiter gezwungen, durch verzweifeltten Kampf ihr elementarstes Recht zu verteidigen. Die größten französischen Streiks, wie der im Departement du Nord 1885, in Carmaux, der Streik der Omnibusangestellten in Paris, endlich der neuliche in Creusot, waren durch Maßregelungen von Arbeitern hervorgerufen.

Die Vorlage Millerands schafft für das Koalitionsrecht eine rechtliche Garantie, indem sie für den wegen seiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemäßregelten Arbeiter ein Klagerecht auf Entschädigung gegen den Unternehmer statuiert und den letzteren, im Falle der Anwendung von Drohungen oder Gewalttätigkeiten, strafrechtlich bedroht. Aber nicht genug. Das projektierte Gesetz stattet die Gewerkschaften wie ihre Verbindungen obendrein mit dem vollen Rechte der juristischen Persönlichkeit aus, das heißt, es erlaubt ihnen, in unbeschränktem Masse Vermögen zu besitzen und geschäftliche Transaktionen zu unternehmen.

Auf den ersten Blick haben wir wieder eine kühne, die Gesetzgebung anderer Länder weit überragende sozialpolitische Reform. Aber es steckt ein Wurm auch in dieser herrlichen Blüte.

Ein privatrechtliches Klagerecht gegen den Unternehmer besaß nämlich der gemäßregelte Gewerkschafter in Frankreich auch schon früher — einfach auf Grund des gemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs (Art. 1780 und 1382). Die privatrechtliche Garantie hat sich aber sowohl angesichts des Unvermögens der Arbeiter, kostspielige Prozesse zu führen, wie angesichts der Schwierigkeit, den Unternehmer vor Gericht der Absicht der Maßregelung zu überführen, wie endlich der Belanglosigkeit der Geldstrafen für die Kapitalisten als völlig unwirksam erwiesen. Worum es sich handelte, das war, die dem öffentlich-rechtlichen Charakter des Koalitions-

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

rechtes einzig entsprechende strafrechtliche Garantie zu schaffen. Und die Kammer hatte auch bereits dreimal (1890, 1892 und 1895) ein dahingehendes Gesetz angenommen, das nur an dem Widerstand des Senats regelmäßig gescheitert war. Indem Millerand, statt den Wunsch der Arbeiterschaft im Senat durchzudrücken, sich vor dem Senat beugt und ein privatrechtliche Klagerecht als Garantie des Koalitionsrechtes einführt, bietet er dem Arbeiter unter der Form eines neuen Rechtsschutzes nur die alte Schutzlosigkeit gegen die Übergriffe des Unternehmertums.

Ebenso illusorisch ist das zweite Geschenk: das Recht des unbeschränkten Grundbesitzes und Geschäftsbetriebs. Auch bis jetzt besaßen die Gewerkschafter sowohl das Recht, im Rahmen der gewerkschaftlichen Funktionen Vermögen (bewegliches wie unbewegliches) zu besitzen, wie die Möglichkeit, Produktiv- und Konsumgenossenschaften, wenn auch unabhängig von der Gewerkschaft, zu gründen. Tatsächlich ist zirka ein Viertel der französischen Kooperationen aus den Gewerkschaften hervorgegangen. Die projektierte Reform besteht nur darin, dass den Gewerkschaften nun als solchen das Recht verliehen wird, Genossenschaften zu gründen. Eine solche unmittelbare Verquickung der gewerkschaftlichen mit der genossenschaftlichen Bewegung muss aber, wenn man die bisherigen Erfahrungen und die wechselseitigen Verhältnisse der beiden Organisationen kennt, als eine sehr zweifelhafte Wohltat erscheinen. Ohne einem reellen Bedürfnis, sei es der Gewerkschaft, sei es der Genossenschaft, zu entsprechen, ist die projektierte Neuerung höchstens geeignet, eine Quelle ständiger Konflikte und Reibereien zwischen beiden zu schaffen.*

Den illusorischen Errungenschaften entsprechen aber sehr reelle und unzweifelhafte Verluste. Das projektierte Gesetz gewährt nämlich nicht bloß zugleich mit dem Klagerecht der gemäßregelten Arbeiter gegen den Unternehmer das Klagerecht des Unternehmers gegen die Arbeiter, die über sein Etablissement die Sperre verhängen. Es belässt nicht nur den bestehenden verhassten Artikel des Strafgesetzbuchs gegen „die Beeinträchtigung der Freiheit der Arbeit“ in voller Kraft. Es schafft auch noch einen besonderen strafrechtlichen Schutz für den Unternehmer und seine „Arbeitswilligen“ gegen „Drohungen oder Gewalttätigkeiten“ der Streikenden. Damit wird, einem von reaktionärer Seite im Mai 1890 in der Kammer gestellten Antrag entsprechend, eine 1884 bereits aufgehobene Maßregel gegen die Streikenden wieder ins Leben gerufen, und die ganze Reform verwandelt sich unversehens aus einer angeblichen Erweiterung und Sicherstellung in eine Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter.

Endlich der am meisten Aufsehen erregende Gesetzentwurf über die obligatorischen Schiedsgerichte und den obligatorischen Streik. Wer noch den sozialistischen und epochemachenden Charakter der früheren Reformen Millerands nicht hat einsehen können, dem muss der genannte Entwurf jedenfalls die Augen öffnen. Denn bewegen sich die anderen Maßnahmen in den bekannten Bahnen der internationalen Arbeitergesetzgebung, so führt diese ein gänzlich neues Prinzip: den Streikzwang, ein. Weiter als hier kann offenbar eine Reform unmöglich gehen. Der Sprung von der „Zuchthausvorlage“ zu der Millerandschen Streikvorlage ist ein so gewaltiger, dass man dabei schon einen ganzen Zipfel des Zukunftsstaats zu sehen bekommt. Und war jene ein Messer, mit dem man dem Arbeiter an die Gurgel wollte, so ist diese eine Waffe, mit der der wirtschaftlichen Allmacht des Kapitals der Garaus gemacht wird. „Der Unternehmer“ — das haben auch einige unserer Parteiblätter auf den ersten Blick erkannt — „hört auf, Herr im eigenen Hause zu sein.“

Freilich entstehen bei etwas aufmerksamem Betrachten der Vorlage verschiedene schwere Bedenken. Die Anwendung des projektierten Gesetzes ist nur in Staatsbetrieben gesichert, in den Privatbetrieben hängt sie jederzeit vom freien Ermessen des Unternehmers ab. Die tödliche Waffe gegen das Kapital wird also dem Kapitalisten in den Schrank gelegt. Die Minderheit der Arbeiterschaft soll sich ferner nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes dem Streikbeschluss der Mehrheit fügen, aber das Gesetz kennt keine Strafen für den Fall, dass sie sich dem Beschluss nicht fügt, sondern weiterarbeitet. Das dem Unternehmer zum Zwecke des Selbstmordes eingehändigte scharfe Messer hat bei näherem Zusehen eigentlich keine Klinge. Endlich haben die Arbeiter allerdings das Recht, wenn sie das Einigungsverfahren erfolglos angerufen, mit Majorität den Streik zu beschließen, der Unternehmer hat aber nach wie vor die Möglichkeit, die Arbeiter allesamt und jeden besonders ohne alles vorhergehende Einigungszeremoniell mitten im Streik oder nach dem Streik zum

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Teufel zu jagen und durch andere zu ersetzen. Dem gefährlichen Messer fehlt also in letzter Linie außer der Klinge auch noch das Heft.

Aber diese wie die anderen Millerandschen Reformen gibt dem Arbeiter nicht nur mit der einen Hand Illusionen, sondern sie nimmt ihm auch mit der anderen faustdicke Realitäten.

Nach der Bestimmung des Gesetzentwurfes entscheiden jedesmal über den Streik, also auch über die zu formulierenden Forderungen, nur die in einem Betriebe oder in einer Werkstatt beschäftigten Arbeiter. Als Kontrahent bei der Arbeitsvertragsschließung tritt also dem Unternehmer nicht die Gewerkschaft, sondern die Arbeiterschaft der Werkstatt entgegen. Auf diese Weise werden aber sowohl die Hebung der einzelnen Arbeitsgruppen durch gewerkschaftliche Verallgemeinerung der weitestgehenden Errungenschaften und Forderungen wie eine allgemeine Streikaktion im Berufe und über dessen Grenzen hinaus, namentlich die in Frankreich so häufigen politischen und Solidaritätsstreiks, unmöglich.* Indem zur Einheit im wirtschaftlichen Kampfe die Werkstatt an Stelle der Gewerkschaft gemacht wird, wird dem Kampfe zugleich der Rückhalt in der Solidarität des Berufs und der ganzen Arbeiterschaft wie die vorwärtstreibende Kraft, die in der Leitung der Einzelkämpfe durch die Gewerkschaft liegt, genommen.

Wie das Gesetz über die Arbeitszeit der normalen Entwicklung des Arbeitsschutzes, so läuft das projektierte Streikgesetz der normalen gewerkschaftlichen Entwicklung schnurstracks zuwider, und wie jenes die natürlichen Kategorien der schutzbedürftigen Arbeiterschaft mit bürokratischem Federstrich nivelliert, so durchkreuzt dieses mit künstlichen Richtungslinien die natürlichen Kristallisationsachsen der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse. Die verhängnisvolle Wirkung auf die Entwicklung der Gewerkschaften war auch für das Urteil der berufensten Sachverständigen, der Gewerkschaftsführer, ausschlaggebend und hat sie in Frankreich wie in Deutschland wie in Österreich in den meisten bis jetzt bekannten Fällen zur prinzipiellen Verurteilung des Millerandschen Gesetzentwurfs geführt.**

Allein ein anderer maßgebender Punkt liegt unseres Erachtens noch in der obligatorischen Kraft der Schiedssprüche. Da nach dem Entwurf die Eventualität ausgeschlossen zu sein scheint, dass das obligatorische Schiedsgericht zu keiner Einigung gelangt, da ferner die von der Arbeitskammer zu fällenden Urteilsprüche offenbar nicht vorbehaltlich der Zustimmung der streikenden Arbeiter, sondern ohne weiteres rechtlich bindende Kraft besitzen, so wird der Zweck des Streiks, insofern hier nicht bloß Unklarheit des Gesetzentwurfs vorliegt, einfach unverständlich. Die Arbeiter haben offenbar keine Möglichkeit, eventuell den Schiedsspruch abzulehnen und durch Fortsetzung des Streiks die Unternehmer direkt zum Nachgeben zu zwingen oder indirekt die Beeinflussung des schiedsgerichtlichen Urteils zu ihren Gunsten zu erzielen. Der Urteilspruch des Schiedsgerichts ist also in diesem Falle nicht wie bei seiner freiwilligen Anerkennung in der bisherigen Praxis ein Ausdruck des tatsächlichen, im Kampfe an den Tag gelegten Machtverhältnisses der beiden Seiten. Der Verlauf des Streiks, die größere oder geringere Fähigkeit, ihn länger zu führen, üben auf das Resultat des Schiedsgerichts gar keinen Einfluss, denn dessen Entscheidung wird ohne weiteres bindend.

Welche Rolle spielt demnach der Streik nach dem Millerandschen Gesetzentwurf? Lediglich den eines Signals für den Beginn eines Schiedsgerichts — ein Ergebnis, das ebenso erfolgreich z. B. durch das Heraushängen einer Fahne aus einem Fenster der Werkstatt erreicht werden könnte.

Jetzt erst, im Lichte des obligatorischen Schiedsspruchs, erscheint die epochemachende Wohltat der obligatorischen Streiks in vollem Glanze:

Den Arbeitern wird der Schutz gegen die Streikbrecher gewährt, gleichzeitig aber dem Streik jeder Sinn und Zweck genommen. In diesem Lichte gewinnen auch die minutiösen und komplizierten Vorschriften über die Art und Weise der Abstimmung vor, während und nach dem Streik, über das Verhalten der Arbeiter vor und während der Abstimmung etc. ein eigentümliches Interesse. Den einzigen realen Sinn in diesem chinesischen Zeremoniell behalten in letzter Linie nur die rigorosen Schutzbestimmungen gegen die „Beeinflussung“ der Streikenden durch „unbeteiligte Personen. Bei der in Frankreich zur Regel gehörenden Leitung der größeren Streiks durch hervorragende Sozialisten, mit Vorliebe durch sozialistische Abgeordnete, bedeuten die α-

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

wähnten Vorsichtsmaßregeln des Entwurfs nichts anderes als die Beseitigung der sozialistischen „Hetzer und Aufwiegler“ vom wirtschaftlichen Kampfplatz.

In der Millerandschen Vorlage figuriert der Streik auch nur als eine leere Form, die, wie es in der ministeriellen Begründung offen gesagt wird, nur sozusagen aus Pietät für die Arbeiterklasse und Rücksicht auf ihre Vorurteile vorläufig erhalten bleibt. Die Tendenz und Vollendung des Gesetzes liegt in der endgültigen Abschaffung der Streiks, die in Neuseeland, dem Musterland des Millerandschen Entwurfs, bereits Tatsache ist.

Die neue Reform bedeutet also nicht nur die Sprengung der proletarischen Berufs- und Klasseneinheit im wirtschaftlichen Kampfe und ihre Pulverisierung in einzelne Werkstattzellen, sondern auch die Beseitigung des wirtschaftlichen Kampfes im Rahmen der Werkstattzelle selbst. Als die eigentliche Funktion der Gewerkschaft bleiben die Wahlen zu den Arbeitskammern, die einzige Funktion des Streiks, die Anrufung der Arbeitskammern zum Schiedsgericht. und der ganze wirtschaftliche Klassenkampf wird — in einen Zivilprozess verwandelt.

Und nachdem Millerand den Gewerkschaften im Gesetzentwurf den Lebensnerv durchschnitten hat, predigt er den Arbeitern in der Begründung mit beredten Worten die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Wenn sich die wichtigsten Reformen Millerands bei näherem Zusehen als klägliche Stümperei erweisen, so liegt das jedenfalls nicht an dem bösen Willen des sozialistischen Ministers. Im Gegenteil, der bestgemeinte Eifer ist in der Rührigkeit, in den im Schweiß des Angesichts an den Bürotischen des Ministeriums ausgefühlten höchst komplizierten Projekten gar nicht zu verkennen. Er kommt am besten auf jenem Gebiete der Millerandschen Tätigkeit zum Vorschein, wo der Handelsminister nicht unmittelbar an die parlamentarische Gesetzgebung gebunden ist, das heißt in seinen Dekreten, z. B. in der Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die Postangestellten. Die Mängel der ministeriellen Gesetze und Projekte sind aber trotzdem keine Zufälligkeit, sondern sie ziehen sich wie ein roter Faden durch das ganze sozialreformatorische Werk.

Wir haben als den markantesten Zug dieses letzteren das Einerseits und Andererseits, das Geben mit der einen und Nehmen mit der anderen Hand, kurz die Verkoppelung der Konzessionen an die Arbeiter mit solchen an die Unternehmer festgestellt. Es ist dies genau dasselbe Schaukelsystem, das für alle politischen Maßnahmen des Kabinetts kennzeichnend ist. Hier wie dort liegt der Schaukelpolitik die Bestrebung zugrunde, die vorgefundenen Gegensätze nicht zum Austrag zu bringen, sondern sie abzustumpfen, und als Mittel hierfür erscheint die äußere Regelung der tief in dem sozialen Boden wurzelnden Gegensätze durch ihre Festlegung in juristischen Normen, in denen beiden widerstreitenden Kräften scheinbar ein gewisser Raum gewährt wird, die aber schroffe Ausbrüche nach außen hin verhindern sollen. Das Amnestiegesetz war die juristische Entladung des Konfliktes zwischen der Zivilgesellschaft und der stehenden Armee, das Assoziationsgesetz ist ein Versuch, den Widerstreit zwischen der Republik und der Kirche zu vertuschen, die Sozialreformen sind die juristische Aufhebung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit.

Allein, die „republikanische Mehrheit“, auf die die Regierungspolitik notgedrungen zugeschnitten ist, vertritt ebensowenig die Interessen der Arbeit wie die der Demokratie. Und wie bei der scheinbar mit völliger Unparteilichkeit verfahrenen Amnestie in der Dreyfus-Sache tatsächlich die Opfer der militaristischen Reaktion ihren Vertretern ausgeliefert wurden, ebenso sind bei der in allen Punkten formell paritätischen Sozialreform im Grunde genommen die Arbeiter diejenigen, deren Interessen geopfert werden. Während Millerand die Arbeiter mit mannigfaltigen Repräsentationsrechten zu allerlei paritätischen beratenden Körperschaften (wie der Oberste Arbeitsrat, die Arbeitskammern) beschenkt, die an sich höchstens Hilfsmittel für den selbständigen Arbeiterkampf darstellen, sehen wir ihn zugleich die lebendigen Quellen dieses Kampfes: die Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Sicherstellung des Koalitionsrechtes, die freie Entfaltung der gewerkschaftlichen Aktion, unterbinden. Und wenn man von dem sozialpolitischen Werke des Kabinetts sagen kann, dass es, wie dessen politisches Werk, einzig und allein die Abstumpfung der Gegensätze und die Mildrerung ihrer äußeren Erscheinungsformen anstrebt, so muss man hinzufügen, dass es diesen Zweck hier auf Kosten der Arbeiterinteressen wie dort auf Kosten der Demokratie erreicht.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Daher ist es auch ferner weder Zufall noch Monstrosität, wenn wir zugleich mit der Ausarbeitung von Gesetzen „zum Schutze der Streikenden“ Niedermetzelungen streikender Arbeiter (in Chalon und auf der Insel Martinique), zugleich mit offizieller Ermunterung der Arbeiter, sich zu organisieren, die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher sehen (gegenwärtig in Montceau-les-Mines, siehe Petite République vom 7. Februar 1901). Es ist dies nicht ein Widerspruch mit der sozialreformatorischen Tätigkeit Millerands, sondern bloß eine logische Ergänzung dazu. Der Grundgedanke dieser Tätigkeit, der gleichzeitige Schutz der Interessen der Arbeiter und der Unternehmer, der ersteren durch illusorische, der letzteren durch materielle Konzessionen, findet seinen handgreiflichen Ausdruck in der gleichzeitigen Ausarbeitung papierener Beglückungsmaßregeln für Arbeiter und der Beschirmung des Kapitals mit der eisernen Realität des Bajonetts.

Die Mängel der Millerandschen Sozialreformen finden also darin ihre erschöpfende Erklärung, dass diese Reformen nur eine getreue Übertragung der allgemeinen leitenden Prinzipien der politischen Aktion der Regierung auf das Gebiet der Sozialpolitik darstellen, mit anderen Worten, dass Millerand tatsächlich nicht als sozialistischer, sondern als radikaler Minister funktioniert.

Und darin liegt der Schwerpunkt der Frage. Der Eintritt Millerands in das Ministerium wird unter anderem durch den Hinweis auf seine sozialreformatorische Tätigkeit gerechtfertigt. Millerand ist aber tatsächlich nicht nur nicht der Urheber des sozialreformatorischen Werkes des Kabinetts — dieses ergab sich, wie wir gesehen, als eine Existenzbedingung für das radikale Ministerium selbst. Er hat auch den Charakter der Sozialreform nicht bestimmt. Die Verhältnisse haben sich stärker als die Einzelpersonen erwiesen, und der Sozialist, der in eine bürgerliche Regierung eingetreten ist, hat nicht die Sozialpolitik der Regierung zum Werkzeug der sozialistischen Bestrebungen gemacht, sondern ist umgekehrt in seiner Sozialpolitik zum Werkzeug der bürgerlichen Regierung geworden.

Die Sozialreform im bürgerlichen Staate ist, wenn sie auch nicht notwendig so kläglich zu sein braucht, wie es gerade diejenige Millerands trotz seiner besten Absichten ist, von vornherein eine Halbheit, ein Flickwerk. Und es ist dies sehr natürlich. Abgesehen von den ersten Anfängen der Arbeiterschutzgesetzgebung, die überall durch Rücksichten auf die nationale Selbsterhaltung erzwungen werden, ist die Sozialreform in allen kapitalistischen Ländern nur ein Produkt des hartnäckigen und beharrlichen Kampfes zwischen der Arbeiterschaft und den herrschenden Klassen. Nur insofern es aus politischen Rücksichten, zur Befriedigung der durch die sozialistische Partei angestachelten Arbeiterschaft absolut notwendig ist, werden Konzessionen gemacht. Die Anwesenheit eines Sozialisten in der Regierung ändert an dieser Sachlage nicht das geringste. Denn auch ein sozialistischer Minister ist, solange er im bürgerlichen Ministerium figuriert, das heißt solange nicht Interessen der Arbeiterklasse, sondern die des Kapitals im Staate herrschen, an die Zustimmung der bürgerlichen Majorität der Regierung und der Volksvertretung gebunden.

Die Hoffnung also, mit Hilfe des sozialistischen Ministers einen ungeahnten Aufschwung der Sozialreform herbeizuführen, war von vornherein eine die konkreten Verhältnisse ganz außer acht lassende Utopie. Ja umgekehrt, der sozialistische Minister kann dadurch, dass er unbegründete Illusionen und Hoffnungen hervorruft, ein Hindernis für die normale Entwicklung der Sozialreform werden.

Das Hauptmittel, die Sozialpolitik der herrschenden Klassen vorwärtszutreiben, die rücksichtslose Kritik an ihr seitens der sozialistischen Partei wird, sobald ein Sozialist als Vertreter der offiziellen Sozialpolitik auftritt, noch weniger möglich als die Kritik an der Gesamtpolitik der Regierung. Erstreckt sich diese auf Handlungen, an denen der Sozialist wenigstens nicht unmittelbar teilzunehmen braucht, so richtet sich diese direkt gegen den sozialistischen Minister und sein eigenes Werk.

Tatsächlich wird durch die Anhänger Millerands in Frankreich ein Zustand der Verblendung und der Hypnose herbeigeführt, in dem jede sozialpolitische Maßnahme der Regierung von vornherein als ein epochemachendes sozialistisches Werk aufgenommen wird.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Das Gesetz über die Arbeitszeit, das einzige in der Welt, das prinzipiell zwölfjährige Kinder ebenso lange arbeiten lässt wie Erwachsene, dieses Gesetz ist nach Jaurès „einer der größten Fortschritte, die die Arbeitermasse genießen kann, einer der größten Erfolge des Proletariats" (Petite République vom 16. Januar 1900), ja „die gesetzliche Wiederherstellung der Einigkeit der Arbeiterklasse!" (Petite République vom 20. Januar 1900.)

Das Rundschreiben des Handelsministers an die Fabrikinspektoren, worin sie aufgefordert werden, sich mit den Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen, ist „das kühnste Werk", „ein denkwürdiges Datum in den Annalen des organisierten Proletariats". (Gérault-Richard, Petite République vom 21. Januar 1900.)

Das bescheidene Dekret, wonach ortsübliche Arbeitsbedingungen bei den öffentlichen Arbeiten verpflichten sollen, ist ein „sozialistisches Werk Millerands". (Petite République vom 7. August 1899.)

Das partielle Wahlrecht der Gewerkschaften zu dem Obersten Arbeitsrat — einer von Napoleon III. geschaffenen Institution, die nach der Reform Millerands durch acht verschiedene Wahlmodi zusammengestellt wird, deren Ergründung für einen gewöhnlichen Sterblichen mindestens vier Wochen erfordert, während die Funktion der ganzen Körperschaft in einer Beratung durch fünfzehn Tage im Jahre besteht —, das Wahlrecht eines Drittels der Mitglieder zu diesen bahnbrechenden Institution bildet zusammen mit dem vorhin erwähnten Dekret „sozialistische Setzlinge, gepflanzt in kapitalistischen Boden, die wunderbare Früchte tragen werden". (Petite République vom 21. Januar 1900.)

Die Verherrlichung jeder Tat Millerands geht bei seinen Anhängern direkt bis zur offenen Verleugnung der eigenen Ansichten. Nachdem Jaurès dem Generalstreik systematisch und bei jeder Gelegenheit das Wort geredet, erklärt er die Vorlage über den obligatorischen Streik, bei dem jede allgemeine Aktion, also erst recht der Generalstreik, ausgeschlossen wird, als die herrlichste „Anbahnung der Kollektivaktion des Proletariats". (Petite République vom 20. Dezember 1900.)

Ja sogar einzelne Worte und Gesten Millerands werden dem Arbeiterpublikum als höchste Triumphe des Sozialismus serviert. So ist zum Beispiel die Fahrt des Handelsministers zu einem Bankett der Industrieschule in Lille und seine Bankettrede daselbst „einer der größten und fruchtbarsten Momente, die die Geschichte des Sozialismus und der Republik zu verzeichnen hat". (Jaurès, Petite République vom 18. Oktober 1899.) Dementsprechend ist die Ansicht zu korrigieren, wonach irrtümlich als der größte Moment in der Geschichte des französischen Sozialismus die Pariser Kommune aufgefasst wurde.

Wenn die französische Sozialpolitik hinter der fast aller kapitalistischen Staaten steht, so trägt daran nicht nur die wirtschaftliche und politische Rückständigkeit der bürgerlichen Gesellschaft in Frankreich, sondern auch die Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse in hohem Masse die Schuld. Als Erbstück der zahlreichen Revolutionen ist dem französischen Proletariat der Hang zum Extrem nach zwei Seiten hin geblieben: einerseits zur einseitigen Überschätzung der politischen Aktion und der ausschließlichen Hoffnung auf politische Umwälzungen, andererseits zur einseitigen Unterschätzung der politischen Aktion und der ausschließlichen Hoffnung auf die „Selbsthilfe". Aus beiden Extremen ergab sich aber gleichmäßig die Vernachlässigung des alltäglichen mit politischer Einwirkung auf die gesetzliche Reform gepaarten wirtschaftlichen Kampfes.

Die französischen Gewerkschaften stellen bis jetzt, trotzdem ihre Mitgliederzahl, wenigstens auf dem Papier, ziemlich achtunggebietend aussieht (493000 im Jahre 1899), eine sehr geringe Macht dar. Zu der weitgehendsten Zersplitterung — fast jedes Gewerbe wird in jeder Ortschaft durch mehrere Organisationen vertreten — tritt noch die Mittellosigkeit der Kassen hinzu — das Komitee der Generalkonföderation der Arbeit zum Beispiel, eines über 100000 Mitglieder umfassenden und weitverzweigten Bundes, weist für zwei Jahre (1898-1900) eine Einnahme von 2100 Mark auf! —, endlich der überwiegend halbanarchistische Charakter der Gewerkschaften mit der Vorherrschaft der Idee des Generalstreiks.

Bei diesem Zustand der Arbeiterorganisationen würde auch die beste Sozialreform zum großen Teil auf dem Papier bleiben. In Frankreich kommt sie aber, da sich die Arbeiterschaft auch um ihre Entwicklung wenig kümmert, aus dem Rahmen der opportunistisch-radikalen Stümperei nicht heraus. Gerade in dem dominie-

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

renden Zug der bisherigen französischen Arbeiterschutzgesetzgebung, in dem dilettantischen, planlosen Experimentieren, kommt am augenscheinlichsten der Mangel an Kontakt dieser Reformtätigkeit mit einer zielsicheren und kräftigen Gewerkschaftsbewegung, mit der Praxis des alltäglichen Kampfes zum Vorschein..

Um hier Wandel zu schaffen, müssten vor allein die französischen Gewerkschaften zu einer selbständigen Aktion, zu einem kräftigen Kampfe um die Besserung der Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem und wirtschaftlichem Wege angetrieben werden. Die Sozialreform Millerands wirkt aber nach gerade entgegengesetzter Richtung. Materiell ist sie bestrebt, den Gewerkschaften den Lebensinhalt, den ungehinderten wirtschaftlichen Kampf zu entziehen und sie aus Kampforganisationen zu einem Teile des künstlich erdachten Apparats für den sozialen Frieden zu verwandeln, formell macht sie obendrein die Kritik und die selbständige Angriffsaktion der Arbeiterschaft auf die offizielle Sozialpolitik unmöglich.

Die Ministerschaft Millerands bedeutet auf diese Weise, weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inaugurieren, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um soziale Reformen, bevor er noch begonnen hatte, das heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.

V

Der Fall Millerand und die sozialistischen Parteien

In den vorhergehenden Artikeln haben wir uns ausschließlich auf den Boden der praktischen Politik gestellt und die Frage der sozialistischen Ministerschaft nur vom Standpunkt der unmittelbaren Ziele, denen sie nach Jaurès dienen sollte, untersucht.

Es hat sich gezeigt, dass man durch die Praxis auch hier wie jedesmal zu denselben Resultaten geführt wird, die sich aus der Theorie und den Prinzipien der Sozialdemokratie von vornherein ergeben. Wenn nämlich die Taktik Jaurès' die praktischen Aufgaben, die sie sich stellte, verfehlt, so ist das nur ein logisches Ergebnis der Tatsache, dass sie zugleich durch die Verwandlung der sozialistischen Ministerschaft aus einer exzeptionellen Maßregel in ein normales Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse die fundamentalen Grundsätze der Sozialdemokratie verleugnet.

Der Sozialismus, der zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und zur Aufhebung der bürgerlichen Klassenherrschaft berufen ist, nimmt an der Regierung des bürgerlichen Staates teil, welche die Aufgabe hat, das Privateigentum zu konservieren und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu verewigen. Die Sozialisten, berufen, das Proletariat zu einer besonderen Klassenpartei zu organisieren und gegen alle bürgerlichen Klassen in den Kampf zu führen, verwandeln die Arbeiterklasse in ein Anhängsel der republikanischen Bourgeoisie.

Mitwirkung an der Unterjochung des Proletariats als Mittel zur Befreiung des Proletariats und politische Zusammenkettung mit bürgerlichen Parteien als Mittel des Kampfes gegen die Bourgeoisie — der innere Widerspruch scheint in die Augen zu springen.

Jaurès leugnet ihn freilich. In der Beteiligung der Sozialisten an der bürgerlichen Zentralregierung sieht er nur eine logische Erweiterung des anerkannten Prinzips der Beteiligung an den gesetzgebenden Körperschaften und den Munizipalitäten, ein weiteres Stadium in der Entwicklung der sozialistischen Taktik von utopisch-sektiererischer Abstention zu aktiver Realpolitik; die Allianz mit dem bürgerlichen Republikanismus ist ihm die Konsequenz des Grundsatzes, dass die Arbeiterklasse die fortschrittlichen Fraktionen der Bourgeoisie gegen die reaktionären unterstützen und ausspielen müsse.

Wir meinen, dass die Berufung Jaurès' auf die anerkannte Taktik der Sozialdemokratie in dem einen wie in dem anderen Falle auf einer irrthümlichen Auffassung vom Wesen des Staates wie von der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft beruht.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Die gesetzgebende Körperschaft und die Zentralregierung des heutigen Staates stellen vom Standpunkt der sozialistischen Aufgaben ihrem Wesen und ihren Funktionen nach zwei grundverschiedene Institutionen dar.

Während das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bildet, ist diese Rolle der Arbeitervertreter im Schoße der Regierung von vornherein ausgeschlossen. Berufen, das fertige Ergebnis der im Parlament und im Lande ausgefochtenen Parteikämpfe in die Tat umzusetzen, ist die Zentralgewalt vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht.

Ebenso wie in der kapitalistischen Wirtschaft ihre einzelnen Zweige, Produktion, Austausch, Kredit, Transportwesen, aufs innigste zusammenhängen und großindustrieller Welthandel bei mittelalterlichen Verkehrsmitteln, sozialistischer Austausch bei privatwirtschaftlicher Produktion undenkbar sind, ebenso muss in dem bürgerlichen Staate, der nur die politische Organisation der kapitalistischen Wirtschaft ist, zwischen den einzelnen Funktionen volle Harmonie bestehen.

Eine moderne großindustrielle Kolonialpolitik setzt eine entsprechende Gestaltung des Militarismus, seine Befähigung zur Weltpolitik voraus. Eine aggressive schutzzöllnerische Handelspolitik findet ihre natürliche Ergänzung in der erobungslustigen Kolonialpolitik. Der moderne Militarismus ist undenkbar ohne eine Finanzpolitik, die durch das System der indirekten Steuern entsprechende Mittel aus der Volksmasse herauszupressen versteht. Die Finanzpolitik, das heißt das Steuer-, Staatsschulden- und Monopolwesen, hängt sowohl direkt wie durch das Mittelglied der Börse mit der Industriepolitik aufs innigste zusammen. Militarismus, Handels- und Kolonialpolitik bestimmen in ihrer Gesamtheit den Inhalt und die Richtung der auswärtigen Politik.

Somit stellt die Zentralregierung eines modernen Staates ein Räderwerk dar, dessen einzelne Teile von allen Seiten ineinandergreifen und gegenseitig ihre Bewegungen bestimmen und regulieren. Der unmittelbare Transmissionsmechanismus, der das ganze Räderwerk in Gang bringt, ist das bürgerliche Parlament, aber die treibende Kraft sind dabei zunächst die Klassen- und Parteiverhältnisse im Lande und in letzter Linie — die Produktions- und Austauschverhältnisse der gesellschaftlichen Wirtschaft. Der kapitalistischen Einheitlichkeit der Ökonomik hier entspricht die bürgerliche Einheitlichkeit der Regierungspolitik dort.

Daraus ergibt sich zweierlei.

Erstens, dass, wenn man die Verantwortlichkeit jedes einzelnen Regierungsmitglieds für die Politik der Regierung im ganzen bestreitet und jedes Ressort des Ministeriums als eine in sich geschlossene unabhängige Machtsphäre betrachtet, dies auf einer völlig mechanischen Auffassung vom Staate beruht. Aus dem inneren Zusammenhang der einzelnen Funktionen der Regierung erwächst naturgemäß die solidarische Verantwortlichkeit ihrer einzelnen Mitglieder. Und der Paragraph der französischen wie jeder auf parlamentarischem Regime beruhenden Verfassung, der alle Minister in ihrer Gesamtheit für die Regierungspolitik verantwortlich macht, ist weder ein Zufall noch eine staatsrechtliche Spitzfindigkeit, sondern der adäquate juristische Ausdruck der Einheitlichkeit in der Funktion, die das Lebensprinzip selbst der bürgerlichen Regierung bildet.

Jaurès freilich betrachtet die solidarische Haftung des Ministeriums vor dem Lande als eine leere Formalität, eine chinesische Zeremonie.* Die Verantwortlichkeit eines sozialistischen Regierungsmitglieds für die Handlungen der bürgerlichen Regierung ist ihm nur „ein Schein“, analog dem Eide auf den König und die Verfassung, den die Sozialisten beim Eintritt in den sächsischen Landtag leisten müssen. Er beruft sich auf Liebknecht, der dies „papierne Hindernis“ mit souveräner Verachtung überschritten hat.

Jaurès vergisst dabei einen fundamentalen Unterschied zwischen den beiden Fällen. Während die erwähnte Eidesleistung die Sozialisten nicht im geringsten verhinderte, einmal in den Landtag hineingekommen, sofort in die grundsätzliche Opposition zur Regierung und zur Landtagsmajorität zu treten, wird der Sozialist in

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

einer bürgerlichen Regierung gezwungen, ihre Politik mitzumachen. Die Analogie würde erst dann zutreffen, wenn die sozialistischen Abgeordneten im Landtag durch ihren Eid gezwungen worden wären, auf den Bänken der bürgerlichen Majorität Platz zu nehmen und mit ihr solidarisch zu votieren. Tatsächlich besteht hier nicht Analogie, sondern direkter Gegensatz: In die Volksvertretung treten die Sozialisten ein, um die bürgerliche Klassenherrschaft zu bekämpfen, in die bürgerliche Regierung — um die Verantwortlichkeit für die Akte dieser Klassenherrschaft auf sich zu laden.

Zweitens ergibt sich, dass es ein vollkommen utopischer Plan ist, zu denken, ein Ressort der Regierung könne bürgerliche, ein anderes sozialistische Politik treiben, und die Zentralgewalt könne somit stückweise, nach einzelnen Ressorts, für die Arbeiterklasse erobert werden.

Wenn die sozialistischen Anhänger Millerands sich mit aller Kraft bemühen, seine Verantwortlichkeit für die Handlungen der anderen Minister abzuleugnen und sie auf seine eigene Tätigkeit zu beschränken, so geschieht es, weil sie wenigstens die eigene Aktion Millerands als „sozialistische Politik“ darstellen zu können glauben. Letztere Illusion erreichen sie aber — abgesehen von der kritiklosen Verherrlichung der Millerandschen Sozialreformen — dadurch, dass sie die Sozialreformen als die einzige Beschäftigung des Handelsministers hinstellen und alle anderen mit Stillschweigen übergehen.

Allein, wie in der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiter nur eine Produktionsbedingung unter vielen anderen darstellt, ebenso ist die soziale Arbeiterfürsorge nur ein, und zwar ein untergeordneter Zweig in den Funktionen des bürgerlichen Handels- und Industrieministeriums, die alle auf das Gedeihen der kapitalistischen Produktion und des Austausches berechnet sind. Was hierin die erste Rolle spielt, ist — die Handelspolitik.

Wollte Millerand auf diesem Gebiet den sozialistischen Minimalforderungen gemäß handeln, so musste er offenbar das von Méline 1892 errichtete System des autonomen, auf Minimal- und Maximaltarif basierten Hochschutzzolles zu unterminieren suchen und vor allem die Abschaffung der Lebensmittelzölle einführen. Was tut er aber in Wirklichkeit? Darauf gibt Antwort der Millerandsche Vertrag mit der nordamerikanischen Union vom Jahre 1899. Kaum versuchte der portefeuillelustige Méline dieses Abkommen als einen Verrat an den wohl erworbenen Rechten der agrarischen Schutzzöllner zu denunzieren, als die sozialistischen Freunde Millerands in der Lage waren, dies als schnöde Verleumdung zurückzuweisen. Mit Stolz konnten sie konstatieren: dass in dem Handelsabkommen die landwirtschaftlichen Produkte von dem Begünstigungstarif ausgeschlossen seien, dass der Handelsvertrag sich nicht auf Lebensmittel erstrecke, deren Einfuhr durch ein spezielles Gesetz geregelt sei, ... dass es die Interessen der Viehzüchter mehr und besser schütze, als es in dem Mélineschen Entwurf der Fall sei, indem die amerikanischen Häute und Leder von dem Minimaltarif ausgenommen seien.*

Damit war glücklich dargetan, dass Millerand als Handelsminister den „père famine“ Méline mit vollem Erfolg ersetzt, und zugleich bewiesen, dass ein Sozialist in der bürgerlichen Regierung nur insofern funktionieren kann, als er seine Fähigkeit zur Besorgung der bürgerlichen und zur Verleugnung der sozialistischen Politik demonstriert.

Die handelspolitische Tätigkeit Millerands wirft auf die ganze Frage der sozialistischen Ministerschaft ein neues Schlaglicht. Nicht bloß ist der Sozialist als Mitglied einer heutigen Regierung gezwungen, solange die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Privateigentum und die Klassenherrschaft, bestehen, bürgerliche Politik zu treiben. Auf dem Boden der heutigen Gesellschaft kann es ja überhaupt keine andere als bürgerliche Politik geben, und würde der Minister sogar alle Forderungen des sozialistischen Programms ausführen, die auf den gegenwärtigen Staat berechnet sind, auch dann hörte er nicht im mindesten auf, bürgerlicher Minister zu sein. Er würde dann höchstens mit seiner Tätigkeit den fortschrittlichen Tendenzen der bürgerlichen Entwicklung dienen. Aber nicht genug. Es stellt sich heraus, dass ein Minister in der heutigen Regierung nicht bloß an die bürgerliche Gesellschaftsordnung im allgemeinen, sondern an die jeweiligen herrschenden Gruppen- und Koterieninteressen gebunden, dass er nicht bloß Knecht der bürgerlichen Entwicklung, sondern auch Knecht der bürgerlichen Reaktion ist.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Jaurès hat, wie erwähnt, die Verantwortlichkeit Millerands für die allgemeine Politik des Kabinetts als leere Formalität mit dem Liebknachtschen Eid auf die sächsische Verfassung auf gleiche Linie gestellt. Wir haben gezeigt, dass diese Annahme auf einer ganz mechanischen Auffassung vom Wesen des bürgerlichen Staates beruht. Aber wir beschränken uns gern auf die Verantwortlichkeit Millerands für sein eigenes Ressort. Nur bleibt es Jaurès übrig, zu beweisen, dass der Eid, den Liebknecht dem sächsischen König schwor, dieselben Folgen für die Arbeiterklasse Sachsens hatte wie die Handelspolitik Millerands für das französische Volk. Dann wird er auch auf seine in Lille gestellte Frage, ob wir denn auch schwanken würden, wenn es für unsere Sache nötig wäre, einige von den Unsrigen in die Festung der bürgerlichen Regierung zu werfen,* eine direkte Antwort bekommen. Dieser Plan läuft nur darauf hinaus, dass „die Unsrigen“ aus der bürgerlichen Festung zusammen mit der Bourgeoisie auf unsere eigenen Reihen schießen.

Ganz anders liegt die Frage der Beteiligung an dem Gemeinderat. Es ist wahr, auch der Gemeinderat wie der Bürgermeister haben unter anderem übertragene administrative Funktionen und die Ausführung bürgerlicher Gesetze zur Aufgabe, allein historisch stellen beide ganz entgegengesetzte Elemente dar.

Während die Regierung die zentralisierte Staatsgewalt verkörpert, wächst die Munizipalität aus der lokalen Selbstverwaltung auf Kosten der Zentralgewalt, als Befreiung von der Zentralgewalt, heraus. Während für die Regierung die spezifischen Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft: der Militarismus, der Kultus, die Handelspolitik, die auswärtige Politik, das eigentliche Wesen ausmachen, ist die Munizipalität speziell zu kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben berufen, also zu denselben, die dem administrativen Mechanismus der sozialistischen, keine Klassenspaltungen kennenden Gesellschaft entsprechen. Zentralregierung und Gemeinde sind deshalb historisch zwei entgegengesetzte Pole in der heutigen Gesellschaft. Der ständige Kampf zwischen der Munizipalität und der Regierung, zwischen dem Bürgermeister und dem Präfekten in Frankreich sind der konkrete Ausdruck dieses geschichtlichen Gegensatzes.

Für die sozialistische Taktik ergibt sich daraus ein grundverschiedenes Verhalten: Die Zentralregierung des heutigen Staates ist die Verkörperung der bürgerlichen Klassenherrschaft, deren Beseitigung eine unumgängliche Voraussetzung des sozialistischen Sieges ist, die Selbstverwaltung ist das Element der Zukunft, an das die sozialistische Umwälzung in positiver Weise anknüpfen wird.

Freilich verstehen die bürgerlichen Parteien auch in die wirtschaftlichen und kulturellen Funktionen der Gemeinde ihren Klasseninhalt zu gießen. Allein die Sozialisten kommen hier nie in die Lage, der eigenen Politik untreu werden zu müssen. Solange sie in den Gemeindevertretungen in der Minderheit sind, machen sie genau in derselben Weise die Opposition zur Richtschnur ihres Verhaltens wie im Parlament. Werden sie aber zur Mehrheit, dann verwandeln sie die Gemeinde selbst in ein Kampfmittel gegen die bürgerliche Zentralgewalt.

Für seine Allianz mit dem bürgerlichen Republikanismus führt Jaurès einen Ausspruch von Marx ins Feld, worin den Sozialisten die Vereinigung mit der Bourgeoisie gegen die Reaktion empfohlen wird.* Er hat offenbar die Schlussätze aus dem Kommunistischen Manifest im Auge, wo es heißt: „In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei ... Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.“ (S. 32.) Dem angeführten Ausspruch liegt aber ein ganz bestimmter historischer Inhalt zugrunde.

Es ist nämlich der Kampf aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, der die Einsetzung der bürgerlichen Klassenherrschaft an Stelle der feudalen zum Zwecke hatte, worauf der Hinweis des Kommunistischen Manifests abzielt. Hier galt die Unterstützung des Proletariats einer aufstrebenden Klasse, deren politischer Sieg über die Reaktion eine wirtschaftliche Notwendigkeit war. Heute liegen die Verhältnisse grundverschieden. Die Bourgeoisie hat überall das Ziel ihrer Bestrebungen erreicht, und wir sehen sie heute nicht

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

mehr gegen die Reaktion kämpfen, sondern vielmehr mit den Überresten des Feudalismus zur offiziellen Vertretung der Reaktion vereinigt.

Was heute bürgerliche Demokratie in den kapitalistischen Ländern heißt, ist fast ausschließlich das Kleinbürgertum. Die kleinbürgerliche Demokratie ist aber nicht die Äußerung einer aufsteigenden und zur Ablösung der Bourgeoisie strebenden Klasse. Wir gehen der politischen Herrschaft des Kleinbürgertums ebensowenig wie dem ökonomischen Siege des Kleingewerbes über den Großbetrieb entgegen. Den Inhalt der heutigen sozialen Entwicklung bildet, analog zu den Kämpfen des Bürgertums mit dem Feudalismus, nicht der Gegensatz zwischen Kleinbürgertum und Bourgeoisie, sondern zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Die Zwischenstellung des Kleinbürgertums bedingt freilich auch die zeitweise Gemeinsamkeit des Kampfes zwischen ihm und der Arbeiterklasse. In der gegenwärtigen Periode ist aber das Proletariat berufen, das dominierende, leitende Element, das Kleinbürgertum das beiläufige Anhängsel zu bilden und nicht umgekehrt. Das heißt, die sozialistische Partei hat die Aufgabe, auch dort, wo ihre Wege eine Strecke lang mit den Wegen der bürgerlichen Demokratie zusammenlaufen, nicht den eigenen Kampf auf das mit dem Kleinbürgertum gemeinsame Terrain zu beschränken, sondern umgekehrt die Bestrebungen der kleinbürgerlichen Parteien systematisch zu überholen und auf die Spitze zu treiben.

Schon in demselben Kommunistischen Manifest, auf das sich Jaurès stützt, wird der Arbeiterklasse nicht etwa politische Verschmelzung mit den revolutionären Parteien des Bürgertums angeraten. Ganz umgekehrt. Das Manifest stellt als Grundsatz die Unterstützung der revolutionären Bourgeoisie durch die Kommunistenpartei auf, fügt jedoch sofort hinzu: „Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.“ (S. 32.)

Will aber Jaurès seine Taktik direkt an der Hand der Marxschen Lehre prüfen, so muss er vor allem die Anweisung berücksichtigen, die Marx dem Proletariat nach der Revolution von 1848, also nach der Hauptschlacht der Bourgeoisie gegen den Feudalismus, gegeben hat und die, zwar vorerst auf die erwartete Fortsetzung der Revolution berechnet, seitdem zur Richtschnur des Verhaltens der Sozialdemokratie auch in Friedenszeiten geworden ist. In der ersten Ansprache der Zentralbehörde an den Kommunistenbund vom Jahre 1850 wird den Arbeitern von Marx empfohlen:

„Sie müssen die Vorschläge der Demokraten, die jedenfalls nicht revolutionär, sondern bloß reformierend auftreten werden, auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe auf das Privateigentum verwandeln... Die Forderungen der Arbeiter“, sagt er zum Schluss nach einer Reihe von konkreten Beispielen, „werden sich also überall nach den Konzessionen und Maßregeln der Demokraten richten müssen“, und zwar in dem Sinne, dass die Arbeiter unbedingt in allem weiter gehen als die Kleinbürger.* [Hervorhebungen — R. L.]

Welches ist aber das Verhalten des Jaurèsschen Flügels bei der Allianz mit dem französischen Radikalismus? Wir haben gesehen, wie das Festhalten an der Ministerschaft Millerands die Sozialisten gezwungen hat die Allianz mit dem Radikalismus zur festen Basis ihrer ganzen Taktik zu machen und deshalb den revolutionären Klassenkampf immer mehr einzuengen und zu verleugnen.

Erst fielen die sozialistische Kritik an der Regierung und die politische Aufklärungsarbeit im Lande fort, und der politische Kampf wurde auf das Parlament konzentriert. Dann wurde im Parlament selbst die Opposition preisgegeben. Die Abstimmung über das Amnestiegesetz zeigte uns die rechtsstehende sozialistische Fraktion in ihrem Verzicht auf selbständigen Kampf gegen die Regierung.

Aber der Abrutsch dauert fort. Und in den Verhandlungen über das Assoziationsgesetz haben die Freunde Jaurès' noch einen weiteren Schritt getan. Zehn sozialistische Abgeordnete haben es in der Sitzung am 4. Februar fertiggebracht, weil die Regierung einen auf Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinzielenden, von der gesamten sozialistischen Fraktion gezeichneten Antrag abgelehnt hatte, gegen den eigenen Antrag zu stimmen! Hier sehen wir die Sozialisten aus einer zum grundsätzlichen Klassenkampf, zur Führung der gesamten Opposition im Lande berufenen Partei in eine haltlose Fraktion der parlamentarischen Augen-

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

blickskombinationen verwandelt, in einen Hampelmann, dessen Bewegungen durch die bürgerlichen Parteien bestimmt werden, in einen Haufen von „Mameluken“, wie sie der Radikale von gestern, Urbain Gohier, in der „Aurore“ mit niederschmetternder Verachtung genannt hat.

Die Berufung Jaurès' auf das Kommunistische Manifest von Marx und Engels ist somit ebenso unbegründet wie seine Berufung auf die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie. Nirgends in der Geschichte und der heutigen Praxis unserer Partei findet sich irgendeine Analogie oder ein Stützpunkt für die Theorie der sozialistischen Ministerschaft.

Freilich hat sich die deutsche wie jede sozialistische Partei entwickelt und dementsprechend ihre Taktik geändert. Allein die dominierende Tendenz in ihrem historischen Werdegang war und bleibt die stetige Erweiterung und Potenzierung, niemals aber die Preisgabe des Klassenkampfes. Die von Jaurès befürwortete Taktik ist deshalb, weit entfernt, eine Konsequenz der Methoden der deutschen Sozialdemokratie zu sein, für die deutsche ganz wie für die französische Arbeiterbewegung eine völlig „neue Methode“.

Erst wenn man die letzten Konsequenzen der Jaurès'schen Taktik ins Auge fasst, begreift man den tiefen inneren Gegensatz, der die beiden Richtungen des französischen Sozialismus trennt.

Es ist in der letzten Zeit, namentlich seit der Dreyfus-Affäre, auch in unsere Presse die Vorstellung eingedrungen, als läge der Grund des französischen Bruderzwistes darin, dass die Vertreter der revolutionären Richtung, die alten Parteien von Guesde und Vaillant, Anhänger eines rein sektiererischen Dogmenfanatismus, einer sterilen Abstentionspolitik seien, die sich den praktischen Anforderungen der alltäglichen Wirklichkeit verschließen, während die Fraktion Jaurès' die lebendige Entwicklung der sozialistischen Taktik, die Anpassung an die ganze Mannigfaltigkeit des politischen und sozialen Lebens und die Wahrnehmung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Diese Vorstellung beruht auf einer völligen Außerachtlassung der tatsächlichen Verhältnisse des französischen Sozialismus. Es waren gerade die alten Organisationen, die Arbeiterpartei (sog. Guesdisten) und die Sozialistisch-revolutionäre Partei (sog. Blanquisten), die alle die Bahnen des praktischen Kampfes eröffnet haben, in denen sich der Sozialismus in Frankreich bewegt, und eine Taktik geschaffen, die sich in den wesentlichsten Zügen mit der Taktik der deutschen Sozialdemokratie deckt, trotzdem die Ansichten in Frankreich und in Deutschland in einer wichtigen Frage, in der des Agrarprogramms, bekanntlich weit auseinandergehen.

Es war die Arbeiterpartei, die zuerst in Frankreich die parlamentarische Aktion nach dem Ausdruck des von Marx redigierten Programms dieser Partei „aus einem Werkzeug der bürgerlichen Prellerei in ein Werkzeug der proletarischen Emanzipation“ verwandelt hatte. Und zwar nicht nur zum Zwecke der agitatorischen Aufklärungsarbeit, sondern auch im Sinne des Kampfes um naheliegende praktische Reformen.

Wir greifen absichtlich die Parlamentssession 1889 bis 1893 heraus, also eine Zeitperiode, wo die besten Kräfte des Jaurès'schen Flügels sich noch nicht an der sozialistischen Bewegung beteiligten. Die Vertreter der Französischen Arbeiterpartei haben in der erwähnten Session beantragt und in der Kammer verfochten: 1. das volle Programm des Arbeiterschutzes, wie es auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1889 ausgearbeitet wurde; 2. das Verbot von Geldstrafen in den Fabriken und die Revision der Fabrikreglements durch paritätische Lokalkommissionen; 3. die Unterstellung aller Hilfskassen der Arbeiter unter die ausschließliche Verwaltung durch Arbeiter; 4. das Verbot der Verwendung von Militär bei Arbeitskonflikten; 5. die strafrechtliche Verfolgung der Unternehmer für Beeinträchtigungen des Koalitionsrechtes; 6. die Reorganisierung des Obersten Arbeitsrates in der Weise, dass die Hälfte der Mitglieder von den Gewerkschaften gewählt wird; 7. die Einführung des achtstündigen Arbeitstags, eines gleichen Minimallohns für Arbeiter und Arbeiterinnen und das Verbot der Kinderarbeit bis zum sechzehnten Lebensjahr in den staatlichen Zündholzfabriken; 8. die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke; 9. die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Magazine und die Hausindustrie, endlich die Wahl der Fabrikinspektoren durch die Arbeiter. Wir sehen hier eine ins kleinste Detail

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

gehende parlamentarische Reformarbeit, die genau der Aktion unserer sozialdemokratischen Fraktion in Deutschland entspricht.

Dasselbe Bild bietet uns die Tätigkeit der genannten beiden Parteien im Parlament auch in der gegenwärtigen Session. Ob es sich um den Arbeiterschutz oder um die Getränkesteuer, um die auswärtige Politik oder um Gewerbegerichte, um die Verteidigung der Kontroll- und Budgetrechte des Parlaments oder um die Verteidigung der Republik gegen das Pfaffentum handelt, stets ficht der vorzügliche Trupp der blanquistischen Abgeordneten mit seinen Verbündeten von der „kommunistischen Allianz“ und von der Französischen Arbeiterpartei — die Breton, Dejeante, Groussier, Sembat, Vaillant, Zévaès — in der ersten Reihe.

Es sind desgleichen die genannten zwei Parteiorganisationen, die in Frankreich eine Aktion in den Gemeinderäten entfaltet haben, die für die Sozialisten aller anderen Länder als Muster gelten kann. Die Französische Arbeiterpartei allein, vertreten in mehr denn hundert Munizipalitäten als Mehrheit, in mehreren Hunderten als starke Minderheit, verrichtet jahraus, jahrein eine unermüdliche positive Kleinarbeit, die sich auf verschiedenste Gebiete: auf das Schulwesen, Gesundheits- und Armenwesen, Beleuchtung, Wasserversorgung, sogar auf Theater und Kunst, erstreckt. Und wohlgemerkt gehört diese Arbeit nicht etwa der Vergangenheit an, sondern sie wird in immer größerem Masse bis auf den heutigen Tag betrieben.*

Endlich haben auch auf dein Gebiet des gewerkschaftlichen Kampfes die Parteien von Guesde-Lafargue und von Vaillant großartige Leistungen aufzuweisen.

Nachdem die Französische Arbeiterpartei bereits 1882 die Notwendigkeit und Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt hatte, empfahl sie 1890 allen ihren Mitgliedern, den respektiven Gewerkschaften beizutreten — ein Beschluss, der dem Wunsche unserer deutschen Gewerkschaften entspricht. 1895 beschließt sie, ein Gesetz zu beantragen, das in allen Arbeitszweigen die Gewerkschaftssatzungen für alle beschäftigten Arbeiter obligatorisch macht. Durch eigene unermüdliche Agitation ruft sie ins Leben: den Nationalverband der Textilarbeiter, der Seeleute, der Lederarbeiter, mehrere lokale Bergarbeitergewerkschaften usw. und leitet alle wichtigen Streikbewegungen: in Roanne 1882, Decazeville 1885, Calais 1890, Carmaux 1892 und 1895, im Augenblick ist sie tätig in Chalons und in Montceau-les-Mines. Während endlich Jaurès und seine Freunde dem Wahne der französischen Gewerkschaftler — der Idee des Generalstreiks — mit allen Mitteln Vorschub leisten, sucht die Arbeiterpartei durch systematische Bekämpfung dieser Idee die Gewerkschaftsbewegung auf realen Boden zu stellen. Und während die Fraktion Jaurès' den politischen Interessen zuliebe die Gewerkschaften durchaus der sozialistischen Partei einverleiben will, vertreten Guesde und Vaillant im Interesse einer freien Entwicklung der Gewerkschaften ihre organisatorische Selbständigkeit gegenüber der politischen Partei.

Es ist nach alledem klar, dass es sich zwischen der sogenannten „antiministeriellen“ und der „ministeriellen“ Fraktion des französischen Sozialismus nicht darum handelt, ob praktische Arbeit oder „revolutionäre Phrase“. Wenn die Anhänger Millerands ihren Gegnern Vernachlässigung der praktischen Reformarbeit zur Last legen, so ist es nur, weil ihnen praktische Arbeit mit bedingungsloser Zustimmung zu allem Tun und Lassen der heutigen Regierung identisch ist.

Wer gegen das Gesetz Millerand-Colliard, das heißt gegen die Verdammung der Kinder zu gleicher Arbeitsdauer mit den Erwachsenen ist, der ist — gegen den Arbeiterschutz! Wer die Regierungsvorlage betreffend die Kongregationen als eine Halbheit und Impotenz hinstellt, der arbeitet für den Triumph der klerikalen Reaktion! Wer die „republikanischen“ Erbärmlichkeiten des Kabinetts Waldeck-Rousseau dem Lande denunziert, der ist — gegen die Verteidigung der Republik!

Diese Behauptungen stehen auf demselben Boden wie das famose Schlagwort der Reaktionäre des deutschen Reichstags, die deutsche Sozialdemokratie sei, weil sie die Bismarcksche Arbeiterversicherung seinerzeit ablehnte, Gegnerin der sozialen Reformen.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

In Wirklichkeit handelt es sich in dem französischen Parteistreit nicht um die praktische Arbeit, sondern um die Art und Weise, um die „zwei Methoden“ der praktischen Arbeit, deren Gegensatz in seiner ganzen Schärfe sich nur aus den besonderen politischen Verhältnissen Frankreichs beurteilen und begreifen lässt.

Während in monarchisch regierten Ländern, wie in Deutschland, die Republik ausschließlich eine Forderung der sozialistischen Arbeiterklasse und deshalb mit dem Sozialismus aufs innigste verbunden ist, war sie in Frankreich umgekehrt diejenige konkrete Form der bürgerlichen Klassenherrschaft, gegen die der Sozialismus seine Kritik und Opposition vom ersten Augenblick an richten musste. Nur in dem Masse, als es den Sozialisten gelang, die Illusionen über die republikanische Staatsform zu zerstören, ihren sozialen Inhalt herauszukehren, vermochten sie die Arbeiterklasse von dem bürgerlichen Lager abzulösen und in einer besonderen Klassenpartei zu organisieren. Die Existenz des Sozialismus war von vornherein an den unaufhörlichen Kampf gegen den bürgerlichen Republikanismus gebunden. Und es ist das unvergängliche historische Verdienst der alten Parteien, der Guesdisten und Blanquisten (zum Teile — wenn auch auf anderem Wege, nämlich durch extreme Negation des politischen Kampfes — auch der sogenannten Allemanisten), die Spaltung zwischen der Arbeiterklasse und den bürgerlichen Republikanern herbeigeführt zu haben.

Diesen Graben zwischen dem Proletariat und dem republikanischen Kleinbürgertum, an dessen Vertiefung Guesde, Lafargue, Vaillant und ihre Freunde — bald fünfundzwanzig Jahren unermüdlich arbeiten, wieder vollständig zu verschütten — das ist die objektive Tendenz der Jaurèsschen Taktik. Wenn diese Tendenz in der Haltung der Kammerfraktion nicht zur vollen Geltung kommt, so liegt es daran, dass neben den Anhängern Jaurès' seine entschiedenen Gegner, Vaillant' Zévaès und Genossen, die Taktik der parlamentarischen Gruppe mitbestimmen und den Einfluss der Direktiven Jaurès' in hohem Masse paralysieren.

Freilich führt die Gruppe Jaurès auch sozialistische Propaganda, und sie glaubt fest, durch ihre „neue Methode“ gerade dem Sozialismus ungeheure Dienste leisten zu können. Und Jaurès selbst hat sich sogar in einem Vortrag, gehalten in Paris am 10. Februar 1900, mit allen wesentlichen Punkten der Theorie mit den Ansichten des wissenschaftlichen Sozialismus einverstanden erklärt. Aber eine Partei ist nicht das, was sie von sich sagt und glaubt, sondern was sie tut. Das entscheidende Moment der Tätigkeit, die politische Taktik des Jaurèsschen Flügels führt trotz seiner aufrichtigsten sozialistischen Überzeugung und der größten Hingebung an die Sache des Proletariats geradenwegs dahin, die Arbeiterklasse wieder in dem republikanischen Lager der Bourgeoisie aufzulösen, das heißt, das ganze vom Sozialismus seit einem Vierteljahrhundert vollbrachte Werk wieder zunichte zu machen.

Es sind gerade die Befürchtungen vor diesem Rückfall in die Rolle des Anhängsels der bürgerlichen Parteien, die die alten sozialistischen Organisationen dazu geführt haben, in der Wahrung der souveränen Interessen des Sozialismus auf Kosten der tagespolitischen Interessen manchmal zu weit zu gehen und in den Krisen der Republik die Abstention der Arbeiterklasse als Losung auszugeben. So bleibt es auch zweifellos eine unendlich zu bedauernde Tatsache, dass sich die Französische Arbeiterpartei und die Sozialistisch-revolutionäre Partei in der Dreyfus-Krise beiseite hielten, statt sich umgekehrt an die Spitze der Bewegung zu stellen und damit ihre Richtung zu bestimmen.

Aber es ist total falsch, wenn man diese Haltung aus der Gleichgültigkeit für die politischen Formen erklärt. Bereits 1889 in ihrem Manifest aus Anlass der Boulanger-Krise haben die Guesdisten und die Blanquisten klipp und klar ausgesprochen: „Die Republik ist die zur Emanzipation des Proletariats notwendige politische Form. Sie muss um jeden Preis aufrechterhalten werden!“

Auch heute unterstützen die beiden Parteien im Parlament das Ministerium „der republikanischen Verteidigung“ als geringeres Übel, trotz all seiner Erbärmlichkeit.

Worum es sich handelt, ist nicht die Frage, ob Verteidigung der Republik oder nicht, sondern die Frage, ob die Arbeiterklasse eine selbständige politische Partei im Gegensatz zu allen bürgerlichen Klassen oder ob sie nur ein passiver Bestandteil der republikanischen Fraktion der Bourgeoisie sein soll.

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

Und wenn Kautsky vor zwei Jahren gesagt hat, dass Jaurès durch seine Dreyfus-Kampagne die Ehre des französischen Sozialismus gerettet hat, so muss heute gesagt werden, dass Guesde und Vaillant durch ihren unbeugsamen Widerstand gegen die sozialistische Ministerschaft nicht bloß die Ehre des Sozialismus, sondern noch ein übriges, nämlich den Sozialismus selbst retten.

Seit dem letzten Internationalen Kongress in Paris haben sich die Verhältnisse des französischen Sozialismus gänzlich verschoben, ohne dass man es im Ausland gewahr wurde und die Tragweite des Umschwungs gewürdigt hätte.

Zur Zeit des Kongresses rührten die lebhaften internationalen Sympathien für die Fraktion Jaurès von zwei Momenten her: von ihrer mutigen Dreyfus-Kampagne und von ihrer kräftigen Aktion für die sozialistische Einigkeit.

Seither ist das Zusammengehen der Sozialisten mit den bürgerlichen Elementen in der Dreyfus-Krise dank dem Dazwischentreten der Ministerschaft Millerands in die Taktik des Kadavergehorsams gegenüber der Regierung und der radikalen Partei ausgeartet. Damit haben Jaurès und seine Anhänger die führende Rolle im politischen Kampfe der Arbeiterklasse, die sie während der Dreyfus-Affäre für eine Zeitlang erobert hatten, wieder an die alten Parteiorganisationen verloren, die heute wie seit jeher in der Politik des Landes der vorwärtstreibende Teil sind.

Desgleichen ist die Ministerschaft Millerands infolge des Frontwechsels, der sich in der Haltung des Jaurèschen Flügels ihr gegenüber vollzogen hat, für die Frage der sozialistischen Einigkeit verhängnisvoll geworden. Wenn der Fall Millerand als ein Ausnahmefall während der Dauer der Dreyfus-Krise noch eine schwache Rechtfertigung finden konnte, wo die Republik nicht nur den Beteiligten in Frankreich, sondern auch den Beobachtern im Ausland in den letzten Zügen zu liegen schien, so ist nach dem Fiasko der Verteidigungsaktion des Kabinetts jede Entschuldigung für den Schritt Millerands verschwunden. Indem Jaurès aber aufgehört hat, die Beteiligung des Sozialismus an der Regierung als eine außerordentliche Maßregel zu betrachten, und in seinen Reden in Lille und in Bourges im direkten Gegensatz zu der auch von ihm akzeptierten Resolution des ersten französischen Einigungskongresses (1899) wie zu der Kautskyschen Resolution des Pariser Internationalen Kongresses die sozialistische Ministerschaft als normales Kampfmittel der Arbeiterbewegung, als „neue Methode“ erklärt, hat er die Tätigkeit seiner Gruppe auf einen Boden gestellt, auf dem die Vereinigung mit den anderen sozialistischen Gruppen außerordentlich schwer ist. Heute ist es also gerade Jaurès, der unermüdliche Träger der Einigkeitsidee, der durch das Festhalten an einer Taktik, die zu bekämpfen nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht seiner sozialistischen Widersacher ist, sein eigenes Werk untergräbt und zum Faktor der Uneinigkeit wird.

Die Sachlage hat sich also seit dem Internationalen Kongress um ganze 180 Grad verschoben, und dieser Umstand macht eine gründliche Revision der Ansichten der sozialistischen Welt in bezug auf die französischen Parteiverhältnisse notwendig.

Dies besonders für uns in Deutschland. Wir haben meines Erachtens durchaus keinen Grund, eine Partei im Ausland zu bekämpfen, die in allen wesentlichen Zügen auf dem gleichen Boden mit uns steht, und eine Richtung im Ausland zu verherrlichen, deren schwache Ansätze bei uns zu Hause die Partei in allen praktischen Fällen bekämpft.

In der Taktik Jaurès' finden wir in der Tat alle Grundzüge des sozialistischen Opportunismus wieder, wie wir sie auch in Deutschland kennengelernt haben. Die Theorie von dem Wiederaufleben des kleinbürgerlichen Radikalismus in Frankreich ist nur das politische Gegenstück zu der Theorie von der Unerschütterlichkeit des Kleingewerbes. Die Reduzierung der sozialistischen Politik auf die mit dem bürgerlichen Republikanismus gemeinsame Aktion — das ist die praktische Überwindung der „Fresslegende“. Die Beseitigung jeder Kritik an der „republikanischen“ Regierung in der Erwartung ihres segensreichen Wirkens — das ist die Verwirklichung des Prinzips: „Dem guten Willen die offene Hand.“ Die prinzipienlose Politik in den Tag hinein, gerichtet einzig nach den parlamentarischen Augenblickskombinationen — das ist die fleischgewordene Politik

DIE SOZIALISTISCHE KRISE IN FRANKREICH

Rosa Luxemburg, 1901

„von Fall zu Fall“. Und ein sozialistischer Minister, der Brotwucher treibt — das ist der höchste Triumph der „praktischen Politik“ über die graue „Theorie“.

Es erscheint deshalb erklärlich, wenn der Ministerschaft Millerands und der sich daran knüpfenden Taktik in Frankreich die lebhaftesten Sympathien der Anhänger des Opportunismus bei uns wie anderwärts zuteil geworden sind. Derselbe Umstand ist es aber auch, der die enorme internationale und geschichtliche Bedeutung des Falles Millerand für die sozialistische Bewegung ausmacht.

Wir erleben gegenwärtig in Frankreich ein eklatantes Experiment der opportunistischen Taktik des Sozialismus, für das anderswo alle Voraussetzungen fehlen. In Deutschland erscheint es sowohl angesichts der politischen Verhältnisse des Landes wie angesichts der organischen und theoretischen Geschlossenheit der Sozialdemokratie ausgeschlossen, dass die Anhänger dieser Taktik in die Lage kommen, die Arbeiterbewegung nach eigenen Theorien zu modeln und so ihre Tendenzen in die Tat umzusetzen. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die Phrase von der „praktischen Arbeit“ zu kultivieren, ohne auf die Gestaltung dieser letzteren nennenswerten Einfluss zu gewinnen.

In Frankreich sehen wir heute den Opportunismus in der Aktion. Durch ausnahmsweises Zusammentreffen eigenartiger Momente in der Entwicklung der Arbeiterbewegung wie der bürgerlichen Gesellschaft ist er plötzlich zur Macht geworden. Die Phrase von der „praktischen Arbeit“ ist an der Arbeit, der Kartenkönig ist plötzlich zum wirklichen König geworden. Er hat den Herrscherstab in der Hand, er kann zeigen, was er kann.

Und er zeigt es.

Zur Hälfte hat er sich schon kompromittiert, bald dürfte er sich bis auf die Knochen blamieren. Die Erfahrungen mit dem Ministerium Waldeck-Millerand sind geeignet, der gesamten internationalen Sozialdemokratie die Lust an opportunistischen Experimenten zu verderben. Wir wünschen ihm deshalb ein langes Leben!